



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Gemeinschaftsgärten und Kommunalpolitik **Eine Analyse der Wiener Situation unter** **Berücksichtigung der grünen Regierungsbeteiligung.**

Verfasserin

Sabrina Sehr, BA

angestrebter Akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Masterstudium Politikwissenschaft UG 2002

Betreut von: Dr. Markus Wissen

„Diese Gärten halten sie hoch.
Darin haben sie Weinberge, Früchte, Kräuter, Blumen, von solcher Pracht und
Pflege, daß ich nirgends mehr Üppigkeit und Zier gesehen habe.
Ihr Eifer in dieser Art Gärtnerei entspricht nicht nur bloß dem Vergnügen,
sondern auch einem Wettstreite der Straßen untereinander in Bezug auf die
Pflege der einzelnen Gärten, und sicherlich ist in der ganzen Stadt nichts
Nützlicheres und Angenehmeres für die Bürger zu finden.“
Zitat aus Utopia von Thomas Morus aus dem Jahr 1515 (Morus 1992, 99-100)

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| ZUSAMMENFASSUNG | 6 |
| ABSTRACT | 7 |
| VORWORT | 8 |
| 1. EINLEITUNG | 9 |
| 1.1. Thema..... | 9 |
| 1.2. Forschungsfrage | 10 |
| 1.3. Methodik | 11 |
| 1.4. Politische Strategie..... | 13 |
| 1.5. Aufbau..... | 14 |
| 2. URBANES GÄRTNERN | 16 |
| 2.1. Urban Gardening..... | 17 |
| 2.2. Aspekte des urbanen Gärtnerns | 21 |
| 2.3. Urbanes Gärtnern – global betrachtet..... | 33 |
| 2.4. Politische Gärten..... | 40 |
| 2.5. Fazit | 41 |
| 3. WIENER GÄRTEN | 45 |
| 3.1. Vom Nutzgarten zum Hobbygarten zum Wohngarten – Wiener Schrebergärten | 45 |
| 3.2. Landwirtschaft der Stadt Wien | 47 |
| 3.3. Wiener Gemeinschaftsgärten am Beispiel Gemeinschaftsgarten Arenbergpark..... | 49 |
| 3.4. Wiener Politik und Gemeinschaftsgärten | 56 |
| 3.5. Fazit | 64 |

| | |
|---|-----------|
| 4. DISKUSSION | 68 |
| 4.1. Hintergründe der Entwicklung..... | 69 |
| 4.2. Beantwortung der Forschungsfrage | 72 |
| 4.3. Weitere Entwicklung..... | 75 |
| 4.4. Schlussbemerkungen | 76 |
| 5. BIBLIOGRAPHIE | 78 |
| 5.1. Bibliographie..... | 78 |
| 5.2. Abbildungsverzeichnis | 84 |
| 6. ANHANG..... | 85 |
| 6.1. Interviewleitfäden..... | 85 |
| 6.2. Lebenslauf..... | 90 |

Zusammenfassung

Nachdem bei den Wiener Gemeinderatswahlen 2010 eine Koalition zwischen SPÖ und Grünen beschlossen wurde, sind bis zu 25 neue Gemeinschaftsgärten entstanden. Vor dieser Zeit waren es lediglich zwei Gärten in ganz Wien. Dieser Boom hängt vor allem mit der Förderung zur Errichtung von Gemeinschaftsgärten zusammen und legt die Frage nahe, ob dieser Anstieg mit der Regierungsbeteiligung der Grünen korreliert, und welche Strategie die Wiener Grünen als Teil der Stadtregierung mit der Förderung verfolgen. Zentrale Punkte, die dieser Fragestellung zu Grunde liegen, sind: Klientelbedienung der Grünen WählerInnenschaft; ökologisch nachhaltige Stadtplanung; Motive politischer Strategie.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen die Ergebnisse qualitativer Untersuchungen. Aus der Fragestellung empfahl sich die Durchführung von ExpertInneninterviews, die neben einem umfangreichen Überblick der bereits vorhandenen Literatur die spezielle Situation in Wien darstellen sollten.

Als zentrale Schlussfolgerung lässt sich aussagen, dass die Strategie der Wiener Grünen eindeutig von Umweltschutz, nachhaltiger Stadtplanung und BürgerInnenbeteiligung gekennzeichnet ist. Eine Klientelbedienung ist mehr oder minder durch Zufall entstanden, da das Angebot zum Großteil von der Kernwählerschaft angenommen wurde.

Diese Masterarbeit soll als Diskussionspapier dienen, um aufzuzeigen, dass nicht nur die GärtnerInnen die Vorteile des urbanen Gärtnerns erkannt und daher Gemeinschaftsgärten zu einem Trend gemacht haben, sondern dass die Politik den Nutzen der Gemeinschaftsgärten für eine ökologische Stadtentwicklung verstanden hat.

Abstract

After the last municipal elections in 2010 in Vienna, a coalition between the SPÖ and the Greens has been formed. Since then, up to 25 new community gardens have been created. Before, only two such gardens had existed in Vienna. This new boom can mainly be attributed to the financing of community gardens by the city and raises the questions whether this development correlates with the government of the Greens, and what strategy the Vienna Greens pursue as part of the city government. The underlying key issues are: patronage reward of the Green electorate, environmentally sustainable urban management, politically motivated strategies.

At the centre of this thesis are the results of qualitative studies. To specify the situation in Vienna expert interviews and a comprehensive overview of the existing literature were conducted.

Taken together, the strategy of the Vienna Green party can be concluded as pursuit of environmental protection, sustainable urban management and public participation. Rewards for the electorate have, more or less, developed by chance, as the gardens are in large parts used by core voters.

This thesis is intended as a discussion paper to demonstrate that not only the gardeners have recognized the benefits of urban gardening and therefore made community gardens a global trend, but also that politicians have begun to understand the benefits of community gardens for an ecological urban development.

Vorwort

Seit 2010 bin ich für die Grünen Wien als Bezirksrätin im 20. Wiener Gemeindebezirk Brigittenau tätig. In diesem Zusammenhang kamen immer mehr BürgerInnen auf mich zu und baten mich um Unterstützung für ein Gemeinschaftsgartenprojekt in unserem Bezirk. Je mehr ich mich mit dem Thema beschäftigte, umso spannender wurden die Mechanismen dahinter. Das Zusammenspiel der Stadt Wien mit BürgerInnen und diversen Vereinen lief anders, als ich es aus Medienberichten über New York oder Berlin kannte. In diesen beiden Großstädten, aus denen der Trend des *urban gardening* nach Wien kam, waren es vor allem *bottom-up*-Bewegungen, die sich brachliegende urbane Flächen aneigneten und bepflanzen. In Wien schien mir dies von einer *top-down*-Initiative der Stadt Wien angetrieben zu werden. Für mich kam bald die Frage auf, welche Interessen hinter dieser Unterstützung stecken mögen.

Ich empfinde es als notwendig offen zu legen, dass ich ein kommunales Mandat einer der in der Stadtregierung vertretenden Parteien inne habe, um klarzustellen, dass ich mir dieser Gradwanderung zwischen wissenschaftlicher Objektivität und persönlicher politischer Orientierung sehr wohl bewusst bin.

1. Einleitung

1.1. Thema

Urbaner Raum ist immer umkämpfter Raum. In vielen europäischen und US-amerikanischen Großstädten gab es in letzter Zeit einen neuen Trend des *urban gardening*, auf Deutsch als Gemeinschaftsgarten¹ bezeichnet. Errichtet werden diese Gemeinschaftsgärten meist durch eine *bottom-up*-Bewegung der lokalen Bevölkerung (Rosol 2006). Leerstehende Brachflächen werden zu urbanen Gärten umgestaltet und Gemüse und Blumen gepflanzt. Begonnen hat dieser Trend als illegale Raumaneignung und Protestbewegung kleiner Gruppen, die für Selbstversorgung und gegen den Ausverkauf öffentlichen Grunds protestierten. Mittlerweile wurde daraus eine Bewegung, die vielerorts von Kommunen gebilligt und unterstützt wird. So auch in Wien, obwohl die Situation hier eine etwas andere ist.

Anders als in Berlin oder New York gibt es in Wien mehr als nur eine Billigung dieser urbanen Gärten. Nach der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl 2010 haben die Wiener SPÖ und die Grünen Wien eine Koalition beschlossen und in dem daraus entstandenen Regierungsübereinkommen (Regierungsübereinkommen 2010, 59) festgelegt, dass Gemeinschaftsgärten gefördert werden sollen:

„Diese geben der Stadtbevölkerung die Möglichkeit, eigenes und biologisches Gemüse zu ernten. Das Angebot soll mit privaten Kooperationspartnern (andere Landwirte mit geeigneten Flächen) in unterschiedlichen Regionen Wiens ausgeweitet werden.“

In Wien wurde ein *top-down*-System entwickelt, welches pro Bezirk einen Gemeinschaftsgarten mit einer einmaligen finanziellen Zuwendung in Höhe von €3.500.- finanziert. Neben der finanziellen Unterstützung stellt die Stadt Wien auch den Gartengrund zur Verfügung, welcher in einem Grundnutzungsvertrag den Trägervereinen überantwortet wird. Darüber hinaus wurden bei einigen

¹ Der Begriff „Gemeinschaftsgarten“ wird in dieser Arbeit mit den Begriffen „Urbanes Gärtnern“ und „community gardening“ gleichgesetzt.

Gärten auf Kosten der Stadt Zäune errichtet, Wasserbohrungen durchgeführt und Erde ausgetauscht bzw. angeliefert.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Masterarbeit steht die Strategie der Wiener Stadtregierung hinter der Finanzierung der Gemeinschaftsgärten und die Frage, ob dies auf politischer Strategie, auf Klientelbedienung, auf ökologisch nachhaltigen Motiven oder auf einer Kombination aus allen genannten Punkten basiert.

Urbanes Gärtnern hat in Europa eine lange Tradition. Bereits im 19. Jahrhundert gab es in den Städten sogenanntes Grabeland und Armengärten. Diese waren vor allem zur Versorgung städtischer Elendsviertel und zur Bekämpfung von Hungersnöten angelegt worden. Im 20. Jahrhundert wurden Kleingartenanlagen errichtet, welche nach dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls der Hungerbekämpfung dienten, aber auch der Freizeitgestaltung der kriegsgeplagten Stadtbevölkerung. Kriegsbedingt war in den europäischen Städten zu dieser Zeit Platz genug. So entstanden ganze Kleingartenviertel am Rande von Gleisanlagen, Bahnhöfen oder durch den Krieg frei gewordenen Stadtbrachen. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung der Nachkriegsjahre und das Aufkommen einer großen und billig produzierenden Nahrungsmittelindustrie wurden die Motive der Selbstversorgung durch das Hobbygärtnern abgelöst (Kropp 2011).

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts werden weltweit immer mehr Gemeinschaftsgärten angelegt (Müller 2011). Der aus US-amerikanischen Großstädten kommende Trend des *community gardening* hat zum Teil weiterhin den Anspruch auf Lebensmittelproduktion. Es geht den BürgerInnen aber auch um urbane Eigeninitiativen und das selbstständige Erobern urbaner Flächen (Kropp 2011), vielerorts mit einem Anspruch auf Gegenkultur und den Widerstand gegen die vorherrschende neoliberale Ordnung (Werner 2011).

1.2. Forschungsfrage

Ausgehend von der oben angeführten Problemschilderung setzt sich die vorliegende Masterarbeit mit der folgenden **Forschungsfrage** auseinander:

Welche Strategie verfolgen die Wiener Grünen als Teil der Wiener Stadtregierung mit der Förderung von Gemeinschaftsgärten?

Dabei sollen die konkreten strategischen Ziele der aktuellen Wiener Stadtregierung behandelt werden, die hinter der finanziellen Projektunterstützung seitens der Stadt liegen, sowie das Kräfteverhältnis in der Regierung und der Einfluss des Grünen Koalitionspartners auf die Willensbekundung und Bereitschaft der Stadt Wien zur Errichtung von Gemeinschaftsgärten.

1.3. Methodik

Methoden sind das Werkzeug von WissenschaftlerInnen. Eine klare Definition darüber, wie geforscht wird und welche Regeln befolgt werden, gehört genauso zum wissenschaftlichen Arbeiten wie die Recherche und das Formulieren von Forschungsfragen. Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen die Ergebnisse qualitativer Untersuchungen. Aus der Fragestellung empfiehlt sich die Durchführung von **ExpertInneninterviews**, die neben einem umfangreichen **Überblick der bereits vorhanden Literatur** die spezielle Situation in Wien darstellen sollen.

1.3.1. Das ExpertInneninterview

ExpertInneninterviews ermöglichen dem/der WissenschaftlerIn „eine konkurrenzlos dichte Datengewinnung“ (Bogner/Menz 2005a, 7) und sind deshalb zu einer der beliebtesten Methoden der Sozialforschung geworden. Die Methodik des ExpertInneninterviews ist fast unmöglich zu fassen. Da jedeR ForscherIn abhängig vom Forschungsinteresse die Fragen formuliert, strukturiert, auswertet und analysiert, gibt es einen „Wildwuchs an Verfahrensweisen“ (Bogner/Menz 2005b, 34). Der zentrale Punkt bei einem ExpertInneninterview ist allerdings die „thematische Kompetenz“ des/der InterviewerIn (Pfadenhauer 2005, 121).

Eine Expertin/ein Experte sind nach der Definition von Jochen Gläser und Grit Laudel (Gläser/Laudel 2006, 9): „Menschen, die über besonderes Wissen verfügen, das sie auf Anfrage weitergeben oder für die Lösung besonderer Probleme einsetzen“. Bogner und Menz definieren ExpertInnen als eine

Person, „die vermittelt des Besitzes bzw. der Zuschreibung besonderer Kompetenzen über einen sozialen Status verfügt bzw. eine Funktion ausübt, die sie in den Stand setzt, ihre Handlungsorientierungen und Situationsdefinitionen auch durchsetzungsfähig zu machen“ (Bogner/Menz 2005b, 66). Für Pfadenhauer hat der Experte/die Expertin „ein ausgabenbezogenes, relativ genau umrissenes Teil-Wissen innerhalb eines Sonderwissensbereichs, das zur Erfüllung seiner Spezialistenfunktion erforderlich ist“ (Pfadenhauer 2005, 115). Uwe Flick (Flick 1995, 109) sieht in ExpertInnen „Repräsentant[en] einer Gruppe“, die für die Untersuchung wichtig sind. Zusammenfassend sind ExpertInnen also Menschen, die anhand ihrer Position über Wissen verfügen, welches mit Hilfe des Interviews abgefragt wird. Dieses Wissen ist aber nie „reines“ Wissen, da immer die persönliche Ebene des/der Befragten mitspielt. ExpertInnenwissen kann nie als objektiv betrachtet werden, da ExpertInnenwissen nicht verifizier- beziehungsweise falsifizierbar ist. ExpertInneninterviews sind nur dann hilfreich, wenn das Wissen eines/einer ExpertIn im Kontext seiner/ihrer Tätigkeit für das Forschungsinteresse von Notwendigkeit ist, oder wie es Pfadenhauer ausdrückt: „In diesem weiten Sinne zielt das Erkenntnisinteresse des Experteninterviews auf die Rekonstruktion von (explizitem) Expertenwissen ab“ (Pfadenhauer 2005, 117).

Bei der Durchführung eines ExpertInneninterviews ist auf einige spezifische Details zu achten. Die Befragungstechnik und das Setting sind hier wohl die wichtigsten. Für Pfadenhauer (Pfadenhauer 2005) ist es auch besonders wichtig, dass der Anfang eines Interviews immer aus einem normalen und alltäglichen Gespräch zustande kommt. Das vorrangige Ziel bei der Durchführung eines ExpertInneninterviews ist, ein Setting entstehen zu lassen, welches „der Gesprächssituation unter Experten möglichst nahe kommt“ (Pfadenhauer 2005, 120).

Bei einem ExpertInneninterview ist zu beachten, dass der/die ExpertIn sein/ihr Wissen immer unter „Vorbehalt hinsichtlich der Offenlegung von ‚Betriebsgeheimnissen‘“ (Pfadenhauer 2005, 120) preisgibt. Da aber der/die InterviewerIn immer als Quasi-ExpertIn handelt, kann dies auch als Vorteil gesehen werden, so Pfadenhauer weiter. Durch eine „Konkurrenzentlastetheit“

wird der/die ExpertIn eher bereit sein, Betriebswissen weiterzugeben (Pfadenhauer 2005, 120).

Der offene Leitfaden

Zur erfolgreichen Durchführung eines ExpertInneninterviews zählt für Meuser und Nagel (Meuser/Nagel 1991) der Gebrauch eines offenen Leitfadens. Dieser hat mehrere Vorteile: Erstens beschäftigt sich dadurch der/die InterviewerIn schon eingehend intensiv mit dem Thema, und zweitens wirkt ein leitfadengeführtes Interview immer kompetenter.

Die Auswahl der ExpertInnen

In der vorliegenden Masterarbeit wurden drei ExpertInnen interviewt. **Ulrike Pilgram**, Bezirksrätin im 3. Wiener Gemeindebezirk (Landstraße), ist auf Kommunalebene mit dem Thema beschäftigt und gärtner auch selbst in einem Gemeinschaftsgarten. **Mag.^a Maria Vassilakou** ist Wiener Vizebürgermeisterin und amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Das dritte Interview wurde mit **Mag. Rüdiger Maresch** geführt. Er ist Umweltsprecher der Wiener Grünen, Gemeinderat und Ausschussvorsitzender im Umweltausschuss. Weiters war er für alle umwelt- und verkehrsrelevanten Teile im Koalitionsabkommen zuständig. Alle drei sind Grüne PolitikerInnen.

Leider standen PolitikerInnen der Koalitionspartei SPÖ-Wien nicht zu einem Interview zur Verfügung. Die angefragten StadträtInnen Mag.^a Ulli Sima (Ressort Umwelt, SPÖ) und Dr. Michael Ludwig (Ressort Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung, SPÖ) waren ihren Antworten zufolge terminlich verhindert.

1.4. Politische Strategie

„Politik ist voll von Taktik, arm an Strategie.“, so Raschke und Tils (Raschke/Tils 2013, 123). Für Elmar Wiesendahl ist eine Strategie immer die „Bewältigung von Zukunft“ (Wiesendahl 2010, 21). Dahinter steckt der Glaube, „durch zielgerichtetes, überlegtes Handeln erwünschte Wirkungen“ herbeizuführen (Wiesendahl 2010, 21). Das ganze Handeln ist auf ein in der Zukunft liegendes Ziel ausgerichtet. Für Wiesendahl (Wiesendahl 2010, 23) ist die systematische In-Beziehung-Setzung von „Zielen und Mitteln“ elementar für Strategien.

Politische Strategien können nur erfolgreich sein, wenn sie „Ziele, Mittel und Umwelt“ verbinden (Wiesendahl 2010, 24). Ziele sind der Grundpfeiler von politischer Strategie, sie stellen einen Soll-Zustand dar, der erreicht werden will. Mit strategischen Mitteln kann der Soll-Zustand erreicht werden. Diese Mittel umfassen alles, was an „Vorgehensweise[n] und Aktionen“ (Wiesendahl 2010, 27) eingesetzt wird. Weiters ist die Umwelt ein wichtiger Faktor für politische Strategien. Eine umfassende Definition von (politischer) Strategie liefern Raschke und Tils (Raschke/Tils 2013, 127):

„Strategien sind erfolgsorientierte Konstrukte, die auf situationsübergreifende Ziel-Mittel-Umwelt-Kalkulationen beruhen. Strategische Akteure sind strategisch denkende und (inter-)agierende Handlungsträger. Strategisches Handeln ist zeitlich, sachlich und sozial übergreifend ausgerichtet und an strategischen Kalkulationen orientiert. Strategische Politik meint eine an strategischen Bezügen orientierte und strategisch angelegte Politik; sie weist auf einen bestimmten Typ von Politik hin, der sich von anderen Politiktypen (Routinepolitik, situative Politik etc.) abgrenzen lässt.“

1.5. Aufbau

Das Kapitel **Urbanes Gärtnern** befasst sich mit dem globalen Phänomen Stadtgärten. Zu Beginn wird dieses anhand verschiedener Definitionen greifbar gemacht, und in weiterer Folge wird der neue Trend des *urban gardening* beschrieben. Im Anschluss daran werden die verschiedenen Aspekte des urbanen Gärtnerns dargelegt. Weltweit gibt es Stadtgärten aus unterschiedlichsten Gründen und in unterschiedlichen Variationen, daher wird auf beispielhafte Gärten in Afrika, Havanna, New York City und Berlin eingegangen.

Darauf aufbauend wird im Kapitel **Wiener Gärten** die Wiener Situation dargelegt. Nach einem kurzen Überblick über die Wiener Schrebergartenkultur wird anschließend die Wiener Landwirtschaft beschrieben. Anschließend wird die Entstehung eines beispielhaften Gemeinschaftsgartens im Bezirk Landstraße geschildert, um danach die Wiener Politik im Zusammenhang mit den Gemeinschaftsgärten anhand der geführten Interviews zu erläutern.

Im abschließenden Kapitel (**Diskussion**) werden die erarbeiteten Ergebnisse analysiert und in Zusammenhang gestellt um damit die Forschungsfrage zu beantworten.

2. Urbanes Gärtnern

Stadt und Landwirtschaft sind kaum zu trennen. Landwirtschaft im städtischen Raum gab es bereits im 19. Jahrhundert. Damals war die Nahrungsmittelversorgung eine der zentralen Aufgaben der Kommunalpolitik, welche durch das Marktrecht, kommunale Schlachthöfe und Molkereien die Landwirtschaft an die Stadt gebunden hat. Somit war diese Verbindung bis in die 1960er Jahre etwas Normales (Thomas 2011, 129). Dies hat sich in der modernen Stadtplanung allerdings stark geändert. Laut Thomas ist Landwirtschaft bewusst aus der Stadt „herausgeplant“ worden (Thomas 2011, 130): Er führt dies auf einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft zurück. Dennoch gibt es nach wie vor Landwirtschaft innerhalb der Stadt, und sie ist ein „relevanter Faktor der Flächennutzung“ (Thomas 2011, 131).

Weltweit ist zu erkennen, dass Stadt und Land miteinander verschmelzen. Seien es SlumbewohnerInnen, die autonomen Zugang zu Landflächen fordern oder ‚City Farmers‘, die ihre Straße damit aufwerten wollen.

Urbanes Gärtnern ist keine neue Erscheinung. Im folgenden Kapitel wird, nach einem Überblick über Definitionsversuche in der Literatur, der neue Trend des *urban gardening* beschrieben. Mit Hilfe von verschiedensten Aspekten des urbanen Gärtnerns wird das Phänomen weiter erläutert. Anhand globaler Beispiele wird hinzukommend gezeigt, dass urbanes Gärtnern weltweit existiert. Unabhängig vom neuen Trend des *urban gardening* wird in afrikanischen Städten und in Havanna vor allem zur Versorgung der Bevölkerung gegärtnert. Beschrieben wird, wie unterschiedlich dies aussehen kann und welche Mechanismen wirksam werden. Auch in New York und Berlin wird Gemüse angebaut. Die Gründe hierfür sind vielfältig und werden nachfolgend ebenfalls erläutert. Abschließend wird diskutiert, weshalb urbane Gärten eine gewisse politische Brisanz haben. Sie werden auf der einen Seite von den GärtnerInnen als eine Möglichkeit zur Benutzung von öffentlichem Raum gesehen; dies geschieht als Ausdruck einer politischen Bewegung oder als

Partizipationsmöglichkeit. Auf der anderen Seite versucht die Politik, die Gärten durch Förderungen gezielt zu gestalten.

Durch diesen kurzen Überblick zeigt sich bereits, dass es viele verschiedene Ausformungen des urbanen Gärtnerns gibt. Umweltschutz spielt dabei genauso eine Rolle wie wirtschaftliche Faktoren, das soziale Zusammenleben im urbanem Raum, die Reproduktionsarbeit der Frauen sowie Ernährungssicherheit und - in westlichen Städten - die Möglichkeit einer nachhaltigen Stadtplanung.

2.1. Urban Gardening

2.1.1. Definition von Gemeinschaftsgärten

Marit Rosol hat mit ihrer Dissertation eine der ersten deutschsprachigen Arbeiten zu modernen Gemeinschaftsgärten geliefert und definiert sie als „gemeinschaftlich und durch freiwilliges Engagement geschaffene und betriebene Gärten, Grünanlagen und Parks mit Ausrichtung auf eine allgemeine Öffentlichkeit“ (Rosol 2006, 7). Nadja Madlener hat in ihrer Dissertation die Definition von Rosol durch eine Kombination von „Sozialraum, Gemeinschaft und Vielfalt in sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen“ (Madlener 2008, 94) erweitert. Christa Müller kombiniert beide und definiert urbanes Gärtnern als „in aller Regel soziales Gärtnern, es ist partizipativ und gemeinschaftsorientiert; der Garten wird als Lern- und Begegnungsort inszeniert und die Nachbarschaft in die Gestaltung des Outdoor-Sozialraums einbezogen“ (Müller 2011, 23).

2.1.2. *urban gardening* als neuer Trend

Lebensmittel werden als Massenware in konventioneller Landwirtschaft erzeugt. Wie Anne Holl und Elisabeth Meyer-Renschhausen (Holl/Meyer-Renschhausen 2000) anführen, kommt das daher, dass der traditionelle Anbau von Lebensmitteln und die traditionelle Viehzucht volkswirtschaftlich zu teuer sind und die VerbraucherInnen zu viel kosten. Billige, saisonale und fremdländische Lebensmittel sind dadurch zusätzlich zu jeder Zeit verfügbar, so z.B. Tomaten aus Spanien, Spargel aus Peru oder Garnelen aus Südostasien. Sie werden meist unter Einsatz von Pestiziden und fragwürdiger Tierhaltung produziert.

Immer mehr Menschen hinterfragen diese Produktion und beschäftigen sich damit. Es entstehen *Slow-Food*² Bewegungen und die Bio-Lebensmittelbranche boomt. Die Aufmerksamkeit der konsumierenden Bevölkerung wird immer mehr auf das Natürliche gelenkt.

Harald Lemke bezeichnet das Aufkommen des *urban gardening* als „renaissance of gardens“ (Lemke 2009, 114). Im Unterschied zu ärmeren Gegenden der Welt, in denen die Eigenproduktion von Nahrungsmitteln das Überleben sichert, ist in den westlichen Weltstädten das urbane Gärtnern erst in den letzten Jahrzehnten wiederentdeckt worden. Durch Wirtschafts- und Umweltkrisen steigt bei den Menschen das Verlangen „to produce one’s own foodstuff by applying ecological methods and insights“ (Lemke 2009, 114). Lemke sieht hinter dem Gärtnern die Kunst, „economic survival“ und „ethical good living“ zu vereinen (Lemke 2009, 114).

Urban gardening wird also durch viele Faktoren beeinflusst. Da immer mehr Menschen in armen Verhältnissen leben, ist die urbane Subsistenzlandwirtschaft ein wichtiger ökonomischer Faktor für viele geworden. Aber nicht nur arme Menschen gärtnern in ihrer Nachbarschaft, es sind auch immer mehr Menschen, die sich selbst einbringen wollen und Zeit dafür finden. Natürlich spielt auch hier der wirtschaftliche Faktor eine Rolle; Gemüse, welches selber angebaut werden kann und nicht gekauft werden muss, spart Geld (Lemke 2009).

Urbanes Gärtnern findet in unterschiedlichsten Formen statt. Es gibt Gemeinschaftsgärten, Interkulturelle Gärten, Frauengärten, Kinderbauernhöfe, Selbsterntefelder, *guerilla gardening* und noch andere Formen. Das Gemeinsame ist, dass diese Form des Gärtnerns im städtischen Umfeld stattfindet und verschiedenste Themen wie Ökologie, Ökonomie, Nachbarschaft, Ernährungssouveränität und Subsistenz ein. Sie bietet die Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Raum: So wird der Gemeinschaftsgarten zum „Outdoor-Sozialraum“ (Müller 2011).

² Die Slow-Food Bewegung wurde 1989 von dem Italiener Carlo Petrini gegründet. Es ist eine international tätige NGO, die versucht dem Fast Food und Fast Life gegenzuwirken und sich auf lokale Lebensmittelproduktion konzentriert (Slow Food Wien 2013).

Neben all diesen Gründen für urbanes Gärtnern spielt darüber hinaus ein junger urbaner Lifestyle eine Rolle. Hier liegt auch der größte Unterschied zu den traditionellen Formen des Stadtgärtnerns. Es geht der jungen Generation weniger um die Nahrungsmittelproduktion, sondern um ihr „Verhältnis zur Stadt“ (Müller 2011, 23). Neben Bio-Baumwolle für T-Shirts muss auch auf den Lebensmitteln „Bio“ stehen. Recycling und Upcycling sind in, und ein „Heile-Welt-Ambiente in angesagten Vierteln“ (Müller 2011, 26) findet man in fast jeder europäischen Großstadt. Für Christa Müller liegen diese „Identitätspolitiken und Nachhaltigkeitsstrategien“ nah beieinander (Müller 2011, 27). Die Bobos, Hipsters und Lohas dieser Bewegung sind global vernetzt. Sie setzen sich mit Diskussionen um Ernährungssouveränität, mit ökologischer und nachhaltiger Landwirtschaft, Rohstoffverbrauch und den Kosten unserer Lebensmittelproduktion auseinander und wollen Gegenmodelle liefern.

2.1.3. Interkulturelle Gärten

Interkulturelle Gärten bringen AnrainerInnen mit und ohne Migrationshintergrund zum gemeinsamen Gärtnern zusammen. Wichtig sind der Austausch untereinander und das Miteinander der verschiedenen Gruppen. Diese Gärten werden vielfach als Integrationsprojekte gesehen. Ziel ist durch gemeinsames Gärtnern die Begegnung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (Gartenpolylog 2013a, Müller 2011, Rosol 2006) zu fördern. Für Kropp (Kropp 2011, 82) sind Interkulturelle Gärten ein „partizipatives Gesellschaftsmodell“, in dem durch die gärtnerische Tätigkeit das „Entweder-oder im Denken und im Handeln“ überwunden wird. Weiters „bearbeiten die Interkulturellen Gärten die nationalstaatlichen Herausforderungen durch wachsende Armut, Migration, Klimawandel und Weltwirtschaftskrise von unten und von innen“, so Kropp (Kropp 2011, 83). Nadja Madlener (Madlener 2008, 46) fügt allem Positiven der Interkulturellen Gärten dennoch hinzu, dass sie immer „Experimentierfelder“ sind und dass „Gemeinschaftliches Tätigsein“ auch zu „Konflikten und Krisen im täglichen Miteinander“ führen kann.

2.1.4. Selbsterntefelder

Selbsterntefelder erfreuen sich in letzter Zeit einer immer größeren Beliebtheit. Diese von Biobauern/Biobäuerinnen zur Verfügung gestellten Flächen findet man vor allem an den Stadtgrenzen. Die Parzellen werden von den

Bauern/Bäuerinnen eingeteilt und bepflanzt. Man kann sie für ein Jahr mieten und ist für die Pflege und die Ernte selber verantwortlich.

Rund um Wien gibt es eine Vielzahl solcher Gärten. Eine übergeordnete Infostelle vernetzt GärtnerInnen mit Bauern/Bäuerinnen und bietet Weiterbildungskurse und Veranstaltungen zu diesem Thema an (Selbsternte 2013). Neben den privaten Selbsterntefeldern bietet auch die Stadt Wien die Möglichkeit zur Selbsternte. Auf einer eigens dafür freigegebenen Fläche der Stadt können sogenannte Ökoparzellen gemietet werden. Das System ist dasselbe wie bei privaten Parzellen, mit einer einjährigen Miete kann nach biologischen Richtlinien Gemüse gepflanzt und geerntet werden (Magistrat der Stadt Wien 49 2013a).

Abbildung 1: Selbsterntefelder Hirschstetten – Biobauer Radl (© Sabrina Sehr)



2.1.5. guerilla gardening

guerilla gardening ist eine eigene Form des urbanen Gärtnerns, die hier zwar erwähnt werden soll, aber nicht Teil der Forschungsarbeit ist. Der Begriff *guerilla gardening* geht auf eine New Yorker KünstlerInnengruppe der 1970er

Jahre zurück, die Green Guerillas. In ihren Aktionen im öffentlichen Raum ging es um politischen Protest durch Sichtbarkeit. Sie machten auf eine unsolidarische und unqualitative Stadtpolitik aufmerksam. Viele der heute aktiven *guerilla* GärtnerInnen bepflanzen auf illegale Weise Grünstreifen, um gesellschaftspolitische Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft zu äußern (von der Haide et al. 2011).

2.2. Aspekte des urbanen Gärtnerns

Wie schon erwähnt, hat städtische Landwirtschaft viele verschiedene Aspekte. Im Folgenden wird anhand vorhandener Literatur versucht, einen umfassenden Überblick über diese zu geben. Durch die derzeit herrschende Umweltkrise gilt in vielen Städten und für viele urbane GärtnerInnen das urbane Gärtnern als Beitrag zum städtischen Umweltschutz (Streffeler 2000). Dennoch spielen Nachbarschaftspflege, Ernährungssouveränität und nachhaltige Stadtplanung eine große Rolle im Zusammenhang mit Gemeinschaftsgärten.

2.2.1. Ökologischer Aspekt

Der Klimawandel ist seit einigen Jahren nicht mehr vom medialen Spielfeld wegzudenken. Es gibt „Klimaskeptiker“, die wissenschaftliche Berichte anzweifeln, welche von „Peak Oil“, Klimawandel und allen damit zusammenhängenden Phänomenen (Starkregen, Unwetter, Hitzeperioden, Desertifikation) sprechen; internationale Klimaverhandlungen scheitern. Dennoch rückt Umweltschutz bei der breiten Bevölkerung immer mehr ins Bewusstsein. Das „Ende des fossilen Zeitalters“ (Held 2011, 292) hat begonnen, und wir sind an der Schwelle zu einer „postfossilen Gesellschaft“ und Wirtschaft (Held 2011, 297). Für Lemke (Lemke 2009) ist jeder urbane Garten, in dem auf biologische Art Gemüse angebaut wird, eine CO₂-Senke und daher schon aus diesem Grund ein Zugewinn zum globalen Klimaschutz.

Mit „Peak Oil“ ist das globale Ölfördermaximum gemeint, das laut WissenschaftlerInnen entweder schon überschritten ist oder kurz vor dem „point of no return“ steht. Erdöl wurde erstmals 1882 als Autotreibstoff verwendet und wird seitdem als billiger und immer verfügbarer Rohstoff gehandelt. Es folgte eine rapide Entwicklung in Industrie, Transport, Handel und Landwirtschaft und eine damit einhergehende Ausbeutung von Ölquellen. Die Fördermenge und

der Verbrauch driften auseinander, es wird mehr verbraucht als neu gefördert (Campbell 2006-2008). Manche Ölfelder haben ihren „Peak“ auch schon überschritten, die Fördermenge geht bereits zurück. „Peak Oil“ ist jetzt, so Held (Held 2011). Infolgedessen ist davon auszugehen, dass die Ölpreise ansteigen werden, was wiederum Auswirkungen auf die gesamte Lebensmittelproduktion hat. Transportwege werden zu teuer, Pestizide können nicht mehr hergestellt werden. Die Versorgung, wie sie zurzeit funktioniert, kann nicht gewährleistet werden.

Auch für Niko Paech (Paech 2011, 99) sind Gemeinschaftsgärten als „urbane Versorgungssysteme im Nahrungsbereich“ überaus wichtig. Für ihn basiert unsere Gesellschaft zu sehr auf Öl, da alles was wir konsumieren von einer unbegrenzten Verfügbarkeit fossiler Energie abhängt. Paech geht davon aus, dass Öl und Gas, sowie andere Rohstoffe wie Seltene Erden und Metalle, ökonomische „Tipping Points“ in Kürze überschreiten werden beziehungsweise bereits überschritten haben (Paech/Paech 2011). Richard Heinberg spricht im selben Kontext von „Peak Everything“ (Heinberg 2007). Im Zusammenhang mit der globalen Lebensmittelproduktion ergeben sich große Probleme, da diese (i) eine ölbasierte Industrie ist und (ii) Menschen verlernt haben, sich selbst zu versorgen. Falls die Ressourcenversorgung zusammenbricht, könnte auch die Lebensmittelversorgung implodieren, so Paech (Paech 2011). Nur durch ein deglobalisiertes und dezentralisiertes System könnte die Versorgung gesichert und stabilisiert werden. Für Paech führt also kein Weg an urbaner Nahrungsmittelproduktion vorbei. Paech dazu (Paech 2011, 101):

„Urbane Nahrungsmittelerzeugung ist hochgradig kompatibel mit suffizienten und subsistenten Versorgungsmustern, senkt also die soziale Vulnerabilität. Zudem sind Haus-, Gemeinschafts- und Dachgärten sowie Guerilla Gardening Musterbeispiele für stoffliche Nullsummenspiele. Hier wird anstelle einer Flächen- und Ressourcenexpansion der unmittelbare und ohnehin vorhandene Raum ökonomisch, sozial und ökologisch aufgewertet. Mehr noch: Gärtnern bedeutet in diesem Kontext, urbane Areale, die andernfalls kommerzieller Verwertung, Versiegelung und restloser Eingliederung in den Fremdversorgungskorpus anheim zu fallen drohen, in Besitz zu nehmen und in erste Vorboten einer Postwachstumsökonomie zu verwandeln.“

Neben „Peak Oil“ ist aber auch die Bodendegradation (Erosion, Verdichtung, Verunreinigung) ein immer größer werdendes globales Problem. Durch intensives Düngen wird die Fruchtbarkeit der Böden künstlich aufrechterhalten. Zudem kommt es zu einer immer größer werdenden Versiegelung von Flächen. Diese Probleme können nicht mehr lange ignoriert werden, da durch das Ansteigen der Ölpreise und die Entwicklung der Ölfördermengen die damit erzeugten landwirtschaftlichen Produkte zu teuer und ferner kaum erhältlich sein werden.

Ein weiterer Aspekt des ökologischen Gärtnerns ist der Umgang mit der Natur. Für Kropp werden mit den Gemeinschaftsgärten alte Techniken des Gemüse- und Obstanbaus wiederentdeckt. Methoden der Haltbarmachung von Lebensmitteln (Einkochen von Obst und Gemüse) sind so gefragt wie schon lange nicht mehr. Für sie stellen Gemeinschaftsgärten ein Gegenkonzept dar zur Dominanz über allem Natürlichen durch Pestizide, Unkrautvernichtung und Einzäunung, in denen Gärten „Orte der Abgrenzung und des Wettbewerbs um Distinktion und Anerkennung“ (Kropp 2011, 79) sind.

Der Ressourcenverbrauch der derzeitigen Lebensmittelproduktion ist sehr hoch und setzt sich, wie schon erwähnt, vor allem aus Transport, Pestiziden und Wasser- und Bodenbedarf zusammen (Stierand 2012). Aber auch der weltweit steigende Fleischkonsum hat verheerende Auswirkungen auf die Umwelt. Der von der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Deutschen Bund für Umwelt- und Naturschutz und Le Monde diplomatique herausgegebene Fleischatlas (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2013) spricht von einem Ausstoß von bis zu 35% (je nach Rechnung) der gesamten Emissionen in Deutschland, die auf die Fleischproduktion zurückzuführen sind. Die Umweltbelastung zeigt sich auch in der Überforderung der Ökosysteme und der Reduzierung der Biodiversität. Die Erzeugung von Obst und Gemüse stößt weitere 8% der Emissionen aus (Stierand 2012).

Die Versorgung der Stadtbevölkerung führt auch zu einem Anstieg des Verkehrsaufkommens. Durch den Import von Lebensmitteln steigt der CO₂-Ausstoß weiter an. Vor allem der Übersee-Import mit Flugzeugen und die ineffizienten LKW-Transporte stoßen Unmengen an CO₂ aus. Ein weiteres

Problem ist das immer größer werdende Müllaufkommen. Viele Lebensmittel werden weggeworfen (in Privathaushalten sowie im Handel) und müssen entsorgt werden, was zu einem zusätzlichen Ressourcenverbrauch führt. All diese Probleme können nur mit einer Veränderung von Lebensmittelversorgung und -verbrauch verbessert werden (Stierand 2012).

Urbanes Gärtnern in all seinen Formen ist daher ein wichtiger ökologischer Faktor. Für Held (Held 2011, 297) ist es „Teil des Übergangs vom fossil getriebenen, nicht nachhaltigen Wirtschaften zu einer postfossilen Gesellschaft“. Für Carmen Dams (Dams 2011) ist die Nachhaltigkeit der neuen urbanen Gärten erst in ein paar Jahren feststellbar, da die Natur Zeit braucht um zu reagieren. Jedoch, und das ist das Positive für Dams, sind alle urbanen Gärten, in welcher Form auch immer, ein „Türöffner“ (Dams 2011, 165) für eine nachhaltigere Baubranche.

2.2.2. Ökonomische und soziale Aspekte

Viele der neu entstehenden Gemeinschaftsgärten sind nicht aus einer Notwendigkeit zur Nahrungsmittelproduktion entstanden. Karin Werner (Werner 2011, 54) sieht darin viel mehr einen „Teil einer konsumkapitalistischen Großwetterlage“ und bezeichnet dies als „Trend zur Landhausidylle“. Zeitschriften, Bücher und Fernsehsendungen zu dem Thema werden immer beliebter. Gemeinschaftsgärten sind für sie Projekte, welche „soziale Konstituens neoliberaler Vergesellschaftung par excellence“ sind (Werner 2011, 56).

Allen Gemeinschaftsgärten liegt zugrunde, dass sie anstelle des Individuums der neoliberalen Ordnung das Kollektiv setzen. Es wird gemeinsam gegärtnert, gepflegt und geerntet. Das Großstadtleben wird verlangsamt und ist somit ein Kontrast zum Lebensstil vieler junger StädterInnen. Gemeinschaftsgärten sind somit keine „Freizeit- und Erholungsorte der neoliberalen Ordnung“ (Werner 2011, 61).

Gemeinschaftsgärten sind vielerorts durch Widerstand gekennzeichnet. Vor allem junge StädterInnen mit Hochschulbildung sehen ihr Engagement in Gemeinschaftsgärten als politischer Protest gegen bestehende Ordnungen und

als „politisch-performative Orte“ (Werner 2011, 58). Dieser urbane Lebensstil steht stark im Gegensatz zu vorherigen Generationen, die sich als SelbstversorgerInnen aufs Land zurückgezogen haben. Mittelpunkt ist der urbane Raum, den man bewusst einnimmt. Gemeinschaftsgärten sind für Werner „Teil der Stadt und passen genau hierher“ (Werner 2011, 59).

Ein wichtiger Bestandteil des *community gardenings* ist die globale Vernetzung. Auf unzähligen Blogs und Homepages finden Interessierte Auskunft zu aktuellen Projekten und Veranstaltungen. Dadurch entsteht eine „global-lokale Zivilgesellschaft“, deren „einende[s] Element“ der „Kampf gegen die kapitalistische Globalisierung“ ist (Werner 2011, 67). Sie ist vernetzt und setzt sich für eine andere Globalisierungsform ein.

Die Gemeinschaft der GärtnerInnen grenzt sich oftmals explizit vom kleinbürgerlichen Gartenidyll ab. Die Gärten sind in erster Linie natürlich ein Gemeinschaftsprojekt, welches nach außen hin offen ist und nichts mit den privaten Gärten der Einfamilienhäuser oder Schrebergärten zu tun hat (Werner 2011).

Ein weiterer Punkt ist die Teilhabe am öffentlichen Leben, die Motivation an gesellschaftlicher Mitbestimmung zu partizipieren steigt. Silke Borgstedt (Borgstedt 2011, 125) sieht darin eine neue und eigene Interpretation von „Eigenverantwortung, Respekt bzw. Anerkennung und Selbstsorge“. Die Menschen beschäftigen sich mit der Komplexität der Gesellschaft und sind auf der Suche nach „Verbundenheit und Vertrauen“ (Borgstedt 2011, 125). Dies alles führt Borgstedt auf den immer komplizierter werdenden Alltag zurück, welcher zu neuen individuellen Lebensstilen und Gemeinschaftsformen führt. Die GärtnerInnen finden in traditionellen Lebensmustern keine für sie nutzbaren Ansätze und, so Borgstedt, nehmen ihr eigenes Leben in die Hand und „erproben eigene Lösungswege“ (Borgstedt 2011, 125).

Weiters besteht ein Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Situation der Menschen und ihrer Ernährung. Arme Menschen ernähren sich oft schlecht. Somit hängt die finanzielle Lage, also der soziale Status, mit der Ernährung und der Gesundheit (z.B. Adipositas) zusammen. Je niedriger der

sozioökonomische Status einer Person ist, desto mehr Fleisch, Fett und Zucker wird konsumiert. Der Grund dafür liegt unter anderem im günstigeren Preis und in der besseren Verfügbarkeit dieser Produkte. Die sozial schwachen Schichten wohnen in benachteiligten Stadtvierteln. Dieser Umstand knüpft die Ernährung an die Wohnumgebung, deshalb ist urbanes Gärtnern in eben diesen Vierteln eine Möglichkeit zur gesunden Ernährung (Stierand 2012).

2.2.3. Gender-Aspekt

Gartenarbeit ist vielfach Frauenarbeit. Vor allem interkulturelle Gärten wurden, so Müller (Müller 2001), zum Teil von Frauen mit Migrationshintergrund initiiert. Christa Müller führt einen Garten in Göttingen (Deutschland) an, der von der Asylberatung auf Wunsch von Frauen gegründet wurde. Diesen Frauen, die zum Großteil aus Bosnien stammten, war es wichtig ihr Leben wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Neben dem Sesshaftwerden und dem Austausch mit Menschen ohne Migrationshintergrund werden auch Geschlechterrollen aufgebrochen. Die aktive Teilhabe von Migrantinnen holt sie aus sozialer Vereinsamung und gibt ihnen Autonomie über ihr Selbst zurück. Damit werden auch Geschlechterrollen für zukünftige Generationen neu definiert. Gemeinschaftsgärten, egal welcher Form, sind Plätze, wo Migrantinnen keinen patriarchalen Regeln unterworfen sind (Müller 2001).

Susan Buckingham hat in ihrem Artikel (Buckingham 2005) über die Kleingärten³ in West London festgestellt, dass es zwei Gruppen von Frauen gibt, die einen Kleingarten betreiben. Einerseits sind es gut ausgebildete und wirtschaftlich unabhängige Frauen, die ihren Kleingarten aus Gründen des Umweltschutzes und zur Produktion von qualitativ hochwertigem Gemüse betreiben. Andererseits sind es Frauen mit wenig Einkommen, die in ihrem Kleingarten die Möglichkeit sehen, ihre Familie zu ernähren, weil sie sich frisches Obst und Gemüse nicht leisten können. Auch führt Buckingham den Aspekt der sozialen Inklusion von Frauen aus der Unterschicht an: Durch ihre Gärten werden sie aus der Isolation geholt und haben Sozialkontakt außerhalb der Familien. Für Buckingham ist dadurch klar, dass Geschlechterrollen in den

³ So genannte *Allotments*: das sind kleine Flächen, die von der lokalen Verwaltung gemietet werden und von einzelnen Personen, Familien oder anderen kleinen Gruppen bepflanzt werden (Buckingham 2005).

Kleingärten nicht unbedingt festgeschrieben sind, sondern dass es sich eher um eine soziale Klassendimension handelt.

Alice J. Hovorka (Hovorka 2001) spricht in ihrer Analyse über Frauen in der urbanen Landwirtschaft vor allem über die Situation in Afrika. Dennoch stellt sie fest, dass auch in westlichen Städten vor allem Frauen in urbaner Landwirtschaft tätig sind. Der Gender-Aspekt spielt, so Hovorka, eine immer wichtiger werdende Rolle in wissenschaftlichen Untersuchungen von urbaner Landwirtschaft. Frauen werden als urbane Bäuerinnen gesehen und ihre Rolle als Versorgerin, Tierzüchterin und als Lebensmittelverarbeiterin anerkannt. Die weibliche Dominanz in der (afrikanischen) urbanen Landwirtschaft hängt vor allem mit der Reproduktionsrolle der Frau zusammen. Nach wie vor sind Frauen weniger gebildet als Männer und können mit urbanem Gärtnern einen Beitrag zum Lebensunterhalt schaffen. Für viele Frauen ist urbane Landwirtschaft auch der erste Kontakt zu lokalen Behörden und kommunaler Politik. Da sie vielfach illegal freie Flächen bepflanzen, stoßen sie auf behördliche Hindernisse und partizipieren daher erstmals in lokaler Politik. Die Frauen verbinden so Bürgerbeteiligung mit urbanen Lebensmittelproblemen. Urbane Landwirtschaft ist daher ein Beitrag zum *Empowerment* der Frauen in vielen Regionen dieser Welt. Sie können einerseits die Lebensmittelversorgung ihrer Familie verbessern und gewährleisten und andererseits für sich selber neue Wege der Partizipation finden.

2.2.4. Ernährungsaspekt

Die im Welternährungsbericht 2012⁴ (FAO 2012) veröffentlichten Zahlen sind alarmierend. 870 Millionen Menschen sind weltweit unterernährt, womit also 12,5% der Weltbevölkerung beziehungsweise jeder achte Mensch hungert. Der Hauptteil (852 Millionen Menschen) lebt in sich entwickelnden Ländern.

Als Grund dafür gelten die hohen Nahrungsmittelpreise, der Boom bei Agrosprit, der Anstieg des Ölpreises sowie Nahrungsmittelspekulation, Landraub, Fleischkonsum und Klimawandel (Attac 2011). Für Attac ist aber noch ein weiterer Grund ausschlaggebend und sogar vorrangig: Landwirtschaft

⁴ Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (engl. Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO).

folgt kapitalistischen Spielregeln, da sie sich am Weltmarkt orientiert. Lokale bäuerliche Lebensmittelproduktion ist dabei zu verschwinden, der Lebensmittelsektor ist in globale Markt- und Machtkonstellationen integriert, d.h. „einige wenige transnationale Konzerne haben die Kontrolle“ (Attac 2011, 2). Durch den steigenden Ölpreis ist die globale Lebensmittelproduktion zusätzlich einer Krise ausgesetzt. Die gesamte Lebensmittelindustrie basiert auf Erdölprodukten (Dünger, Pestizide) und muss daher, so Attac, in Frage gestellt werden. Dass die Weltbevölkerung durch ökologische Landwirtschaft nicht ausreichend ernährt werden kann, bestreitet Christian Felber (Felber 2006, 197). Laut einer von ihm zitierten Studie fielen zwar einzelne Ernten geringer aus, aber durch den Verzicht auf Monokulturen könnte insgesamt mehr geerntet werden. Dazu kommt, dass in dieser Studie der Gebrauch von Düngemittel um die Hälfte reduziert wurde und die Schädlingsbekämpfung um 97% abgenommen hatte.

Hunger, Armut, Gesundheit, Klima und Energie hängen eng mit Biodiversität und Rohstoffen zusammen. Aus diesem Grund wurde bei der Welternährungskonferenz 1996 das Konzept der Ernährungssouveränität vorgestellt. In diesem wurde festgestellt, dass Ernährungssicherheit nur gegeben sein kann, wenn ProduzentInnen und Hungernde in den globalen Prozess miteinbezogen werden. „Ernährungssouveränität ist das Recht von Menschen, die Art und Weise der Produktion, Verteilung und Konsumtion von Lebensmitteln selbst zu bestimmen“ (Attac 2011, 3). Dazu gehören eine faire Bezahlung der ProduzentInnen, eine ökologisch nachhaltige Produktion und eine lokale, vielfältige und solidarische Produktion.

Menschen hungern nicht aufgrund zu knapper Lebensmittel, sondern weil sie sich keine leisten können. Entweder ist ihr Einkommen zu gering, oder sie können sich kein Stück Land leisten. Diese Menschen brauchen keine billigen Lebensmittel – die zum Teil aus der EU durch Exportsubventionen kostengünstig auf Märkten der sich entwickelnden Länder verkauft werden und die lokalen Bauern und Bäuerinnen in den Ruin treiben – sie brauchen Land und einen freien Zugang zu Saatgut, so Christian Felber (Felber 2006).

Gemeinschaftsgärten haben vielfach den Anspruch, Teil dieser Bewegung zu sein. Ernährungssouveränität hat viele Ebenen: dazu gehören selbstbestimmte Bauern/Bäuerinnen, Saatguttauschbörsen, Lebensmittelkooperativen, verschiedenste Kampagnen zur fairen Bezahlung von ProduzentInnen und ErntehelferInnen, aber eben auch die Wiederraneignung öffentlicher Räume (Attac 2011).

Der Zusammenhang von Gemeinschaftsgärten mit dem Obst- und Gemüsekonsum

Eine vom *Department of Food Science and Human Nutrition* (Michigan State University) und dem *Prevention Research Center of Michigan* (University of Michigan School of Public Health) durchgeführte Studie (Alaimo et al. 2008) untersuchte, ob und wie sich die Ernährungsgewohnheiten der teilnehmenden GärtnerInnen veränderte. Obwohl wissenschaftlich schon viel über die Auswirkungen von Gemeinschaftsgärten auf die Nachbarschaft und ihre BewohnerInnen geforscht wurde, wurde dieser Aspekt noch nicht berücksichtigt.

In den 1990er Jahren wurden in Flint (Michigan, USA) viele Projekte gestartet um der Straßenkriminalität gegenzuwirken: eines dieser Projekte sind Gemeinschaftsgärten. Diese Gärten haben positive Auswirkungen auf die ökologischen und sozialen Gegebenheiten der GärtnerInnen, eine Veränderung des Stadtbildes war zu erkennen, genauso wie die Aufwertung der Nachbarschaft.

Durch diese Studie wurde gezeigt, dass Gemeinschaftsgärten auch eine Auswirkung auf die Gesundheit der GärtnerInnen haben: „We have shown that household participation in a community garden was associated with increased fruit and vegetable consumption, controlling for health, neighborhood participation, and demographic variables“ (Alaimo et al. 2008, 97). Durch *community gardens* fällt ein Hauptgrund für schlechte Ernährung weg, nämlich der schlechten Verfügbarkeit von frischen Produkten vor allem für Menschen mit wenig Einkommen.

2.2.5. Stadtplanerischer Aspekt

Urbanes Gärtnern hat auch enorme Auswirkungen auf das Erscheinungsbild der jeweiligen Stadt. Wie zum Beispiel in New York City werden ganze Straßen

von Kriminalität befreit und AnrainerInnen fühlen sich wieder sicherer. Lemke bezeichnet diesen Schritt auch als „irreversible process of greening and re-naturalizing our cities“ (Lemke 2009, 117).

Lebensmittelversorgung im öffentlichen Raum

In seinem Buch (Stierand 2012) thematisiert Philipp Stierand die Rückkehr des Lebensmittelanbaus in deutschen Städten und setzt Stadtplanung und Ernährung der BürgerInnen in Zusammenhang. In den letzten 200 Jahren hat sich die städtische Lebensmittelversorgung stark verändert. Im 18. Jahrhundert war urbane Landwirtschaft selbstverständlich, es wurden Gärten angelegt, und sogar Viehzucht (Hühner, Ziegen, Kühe) fand statt. Nach und nach wurden die Regionen rund um die Städte in die Versorgung einbezogen. Getreide- und Gemüseanbau verlagerte sich zum Teil in peri-urbane Gegenden. Als nächstes, so Stierand, wurden „nationale Verknüpfungen gesprengt“ (Stierand 2012, 3) und die Lebensmittelversorgung wurde von den Saisonen losgelöst. Heute ist die Lebensmittelversorgung global vernetzt. Durch diese Entwicklung wurden Lebensmittel besser verfügbar gemacht und der Hunger wurde zurückgedrängt. Zusätzlich wurde eine weltweite Produktion von Lebensmitteln geschaffen: Ein Faktor, der in Europa und den USA die Lebensmittelversorgung verbesserte, aber in anderen Teilen der Welt für massive Probleme sorgt. Stierand spricht von einer „industriellen Standardisierung“ (Stierand 2012, 3) unserer Lebensmittel, dies führte zum „Verlust des sozialen Kontextes von Ernährung, Gebräuchen und Ritualen“ (Stierand 2012, 3). Durch „anonyme Versorgungsketten“ (Stierand 2012, 4) ist die Produktionsquelle unserer Lebensmittel nicht mehr bekannt, der/die KonsumentIn muss dem/der ProduzentIn vertrauen und sogar die Verarbeitung von Lebensmitteln wird der Industrie überlassen. So wurden StadtbewohnerInnen von „aktiven Teilnehmern am Ernährungssystem zu reinen Konsumenten“ (Stierand 2012, 4).

Philipp Stierands These ist, dass sich durch diese Veränderungen der Lebensmittelproduktion, also der Verlagerung auf einen globalen Markt, die Entkoppelung von KonsumentInnen und ProduzentInnen und den zusätzlichen Umwelt- und Wirtschaftskrisen „eine neue Notwendigkeit für Ernährungspolitik auf der lokalen Ebene“ entwickelt hat (Stierand 2012, 6). Die aktuellen

Entwicklungen bei allen Formen des urbanen Gärtnerns sind also eine Gegenreaktion zur globalisierten Lebensmittelproduktion.

Unternehmerische Stadt

Die Neoliberalisierung der Wirtschaftspolitik hat auch Auswirkungen auf die Kommunen. Seit den 1980er Jahren sind Städte einer sozioökonomischen Veränderung unterworfen. Auch das Städtesystem hat sich verändert. Ursache dafür ist das Ende der fordistisch-keynesianischen Politik, die für einen sozial geregelten Arbeitsmarkt, Wohlstand und Umverteilung sorgte (Heeg/Rosol 2007). Durch die Reduzierung der finanziellen Zuwendungen mussten Städte zu „eigenständig wirtschaftlich handelnden Einheiten“ (Harvey 2009 zit. n. Mullis 2011, 18) werden. Diese Veränderung auf kommunaler Ebene bezeichnen Brenner und Theodore (Brenner/Theodore 2002) als „Actually Existing Neoliberalism“, und für Harvey ist es der Übergang zur „unternehmerischen Stadt“ (Harvey 1989 zit. n. Heeg/Rosol 2007, 492).

Für Peck und Tickell ist der Neoliberalismus nicht die Ursache für diesen städtischen Wandel, sie sprechen ihm jedoch eine Schlüsselrolle zu (Peck/Tickell 2002). Die Politik der unternehmerischen Stadt hat eine neue, flexiblere Ausrichtung bekommen: Verantwortungen werden an neue AkteurInnen abgegeben und Positionen werden direkt mit transnationalen Unternehmen entwickelt. Heeg und Rosol sprechen von einem „grundlegenden Wandel“, der sich in „lokalen Politikformen, Problemdefinitionen und Aufgabenwahrnehmungen“ niederschlägt (Heeg/Rosol 2007, 492).

Global gesehen führt dies zu einem verschärften Standortwettbewerb und einer zugespitzten Konkurrenz zwischen den einzelnen Städten, was die Konzentration auf die Aufwertung städtischer Potenziale zur Folge hatte. Während im Fordismus die Stadt vor allem als Verwaltung mit sozialstaatlichen und infrastrukturellen Verantwortungen agierte, wurde durch den neoliberalen Wandel ein Unternehmen mit dem Ziel der Kapitalakkumulation geschaffen (Heeg/Rosol 2007).

Ein Ziel neoliberaler Politik ist, nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche dem Markt zugänglich zu machen, um den Wettbewerb zu ermöglichen und Profit zu

lukrieren (Mullis 2011). Daraus ergibt sich, dass Städte als urbane Zentren gesellschaftlichen Lebens sich ebenfalls in den kapitalistischen Wettbewerb integriert haben. Städte müssen im Neoliberalismus nicht mehr nur sozialstaatlich verwalten, sie haben als Kernaufgabe betriebswirtschaftliches Management, die Stadt gleicht einem Unternehmen (Mullis 2011). Laut Mullis (Mullis 2011, 20) ist eine Verschiebung von Government zu Governance zu erkennen, da sich die Entwicklung von der „politischen Leitliniensetzung“ hin zu einer „breiten interessensbedingten Koalition der Stakeholder, Behörden und Politik (Governance)“ bewegt. Für Heeg und Rosol ist dieser Wandel gekennzeichnet von „Aushandlungen zwischen privaten, semi-öffentlichen und öffentlichen Akteuren“ mit einem gleichzeitigen Ungleichgewicht zwischen Regierung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft (Heeg/Rosol 2007, 493). Der Staat ist nicht mehr der wichtigste Akteur. Für Birgit Sauer (Sauer 2012, 203) gehören *Public-Private-Partnerships*⁵ genauso wie „Runde Tische auf lokaler Ebene oder UN-Konferenzen und internationale Vereinbarungen im Umweltbereich“ zu den neuen Governance-Strukturen.

Merkmale der unternehmerischen Stadt

Die unternehmerische Stadt zielt vor allem auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Stadt ab. Ein zentrales Merkmal ist die **Privatisierung** öffentlichen Raums. Dazu gehören zum Beispiel der öffentliche Wohnbau, öffentliche Verkehrsmittel, Gas- und Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Grünflächen und Parkanlagen. Ein weiterer Aspekt der unternehmerischen Stadt ist die **Festivalisierung**. Hierbei handelt es sich um das Veranlassen großer medial aufbereiteter Ereignisse und Projekte durch die Stadt. Ziel ist es, auf die jeweilige Stadt aufmerksam zu machen um zum Beispiel Investoren anzuziehen. Es handelt sich nicht um eine langfristige Verbesserung der Lebensbedingungen in der Stadt, sondern um kurzweilige prestigehaltige Projekte, dazu zählen zum Beispiel Olympiaden, Marathonläufe, internationale Messen, aber auch die Revitalisierungsprojekte. Der Umbau des urbanen Raums zu **Dienstleistungszentren** kennzeichnet für Heeg und Rosol (Heeg/Rosol 2007) eine weitere Perspektive der unternehmerischen Stadt. Innenstädte werden so zu Einkaufs-, Erholungs- und Bürozone, deren

⁵ Mullis 2011, 21: bei Public-Private-Partnerships werden „öffentlich finanzierte Aufträge an Private übergeben“

NutzerInnen einer Selektion unterworfen werden. Heeg und Rosol weisen darauf hin, dass ein „wichtiger Bestandteil ‚unternehmerischer Stadtpolitik‘ [...] der Versuch [ist], die besitzende Mittelschicht und hochqualifizierte Bevölkerungsgruppen in den Städten zu halten“ (Heeg/Rosol 2007, 495).

2.3. Urbanes Gärtnern – global betrachtet

Der *United Nations Population Fund* (UNFPA 2007) hält fest, dass seit 2008 bereits die Hälfte der weltweiten Bevölkerung in Städten lebt und damit zu rechnen ist, dass im Jahr 2030 die globale Stadtbevölkerung auf 5 Milliarden Menschen anwachsen wird. Zu diesem Zeitpunkt werden in den Städten der sich entwickelnden Welt 80% der urbanen Weltbevölkerung leben. Die Bevölkerungsprognose der Statistik Austria geht auch für Wien von einem Bevölkerungszuwachs aus. Im Jahr 2050 werden, so der Bericht, mehr als 2 Millionen Menschen in Wien leben (Statistik Austria 2012).

Dieser Zuwachs – sei es in den entwickelten oder sich entwickelnden Ländern – führt zu Problemen, die alle im gleichen Ausmaß treffen. Urbane Räume verbrauchen sehr viele Ressourcen, wie zum Beispiel Nahrungsmittel, Wasser, Energie, Baumaterial, aber auch Grünraumressourcen. Städte sind von Feinstaub stark belastet: dieser Umstand wird sich in den nächsten Jahren noch stark verschlechtern, denn je mehr Menschen in die Ballungszentren ziehen, desto stärker wird der Verkehr. Städte in sich entwickelnden Ländern haben dazu noch mit den Emissionen aus auf der Straße stattfindender Müllverbrennung zu kämpfen. Europäische Städte gelten hier als Vorzeigebispiele bei der Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Umweltschutzpolitik (UN-HABITAT 2012). Trotzdem haben auch moderne Großstädte mit vielfältigen und neuen Belastungen zu kämpfen.

Beginnend mit Afrika und Havanna wird auf die Versorgungsproblematik der Bevölkerung hingewiesen und mit New York und Berlin die neueren und moderneren Formen des urbanen Gärtnerns beschrieben.

2.3.1. Städtische Landwirtschaft in Afrika

Friedhelm Streiffeler (Streiffeler 2000) führt an, dass in afrikanischen Städten Kleinstlandwirtschaft schon lange vorhanden ist. Die Entwicklung dieser

Landwirtschaft ist vor allem als „zentrale Überlebensstrategie“ (Streiffeler 2000, 67) zu verstehen. Am Beispiel des ehemaligen Zaires (heute Demokratische Republik Kongo) wird veranschaulicht, dass durch das Wegfallen der formalen Wirtschaft Anfang der 1990er Jahre die Bevölkerung Flächen ehemaliger Schulen, Universitäten und anderer öffentlicher Institutionen landwirtschaftlich zu bewirtschaften begann. Produziert wird vor allem für den Eigenbedarf. Streiffeler bezeichnet dies als „Subsidiarisierung der Lohnarbeit durch Subsistenzproduktion“ (Streiffeler 2000, 68).

Es sind laut Streiffeler drei Arten städtischer Landwirtschaft in den afrikanischen Städten vorzufinden (Streiffeler 2000, 70-72):

- innerstädtische Landwirtschaft: Hier wird im innerstädtischen Bereich entlang von Straßen, Flüssen und Schienen, an unbewohnbaren Steilhängen sowie in aus der Kolonialzeit stammenden Parkanlagen angepflanzt. Die GärtnerInnen zählen zu den ärmsten StadtbewohnerInnen. Angebaut wird vor allem einjähriges Blattgemüse.
- Hausgärten: Im Gegensatz zu vielen Hausgärten aus bereits entwickelten Ländern, in denen Ziersträucher und vor allem Rasenflächen gepflegt werden, haben Hausgärten in sich entwickelnden Ländern eine enorme Bedeutung in der Nahrungsproduktion. Angepflanzt wird vor allem Gemüse und Obst. Hausgärten sind abhängig von ihrer Lage und den finanziellen Mitteln der GärtnerInnen. Ärmere Haushalte haben weniger Chancen auf einen eigenen Hausgarten als finanziell besser dastehende Haushalte.
- peri-urbane Landwirtschaft: Dazu zählt vor allem die Landwirtschaft früherer Dörfer, die durch die Ausdehnung des urbanen Raums in die Stadt einbezogen wurde. Peri-urbane Landwirtschaft gab es bereits zu Kolonialzeiten, um die StadtbewohnerInnen mit Nahrungsmitteln zu versorgen und um Arbeitsplätze zu schaffen. Heute sind es einerseits StadtbewohnerInnen mit genügend Geld, die sich Kleinplantagen leisten können und so Gemüse für den Eigenbedarf produzieren können. Andererseits sind es MigrantInnen, die (noch) keine Flächen der innerstädtischen Landwirtschaft erhalten und einer langen An- und Abreise für ihr Obst und Gemüse sowie Landunsicherheit ausgesetzt sind.

Sue Reuther und Neil Dewar haben in ihrem Artikel (Reuther/Dewar 2006) die Situation der städtischen Landwirtschaft in Cape Town (Südafrika) analysiert. In

ihrer Studie geht es um zwei verschiedene Formen des urbanen Gärtnerns. Auf der einen Seite existieren viele kleine Gärten als Überlebensstrategie von individuellen Haushalten. Diese Gärten ermöglichen vor allem den armen Bevölkerungsschichten, ihre Ernährung zu verbessern und sich abseits der Supermärkte mit Gemüse zu versorgen: die GärtnerInnen wollen keinen finanziellen Profit aus ihren Gärten generieren. Auf der anderen Seite gibt es für Reuther und Dewar eine große Möglichkeit, mit Gärten kommerziell zu wirtschaften und damit Arbeitsplätze, ein sicheres Einkommen und Ernährungssicherheit für arme Stadtteile zu schaffen. Sie kommen zum Schluss, dass diese Unabhängigkeit zwar noch nicht erreicht ist, dass aber mit besserem Management und besseren Ressourcen die städtische Landwirtschaft in Cape Town einen erheblichen Profit für die GärtnerInnen abwerfen kann.

2.3.2. Gemüseärten von Havanna

Das städtische Gärtnern hat in Havanna eine ganz eigene Entwicklung genommen. Kuba war zur Zeit der sozialistischen Arbeitsteilung stark abhängig von Importen aus sozialistischen Bruderökonomien. Selbst produzierte Kuba vor allem Zucker, der zum Großteil für den Export bestimmt war. Importiert wurden neben Erdöl und Industriegütern vor allem Lebensmittel und landwirtschaftliche Betriebsmittel (Holl 2000). Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks fielen diese Importe plötzlich weg und durch das von den USA aufgehängte Handelsembargo hatte Kuba mit Lebensmittelknappheit und dem Kollaps der heimischen Landwirtschaft zu kämpfen.

Daraus ergaben sich Reformen im Agrar- und Ernährungsbereich, die dazu führten, dass Teile des Zuckerrohranbaugesbietes für die Nahrungsmittelproduktion nutzbar gemacht wurden. Für Havanna forderte das Landwirtschaftsministerium eine intensive städtische Lebensmittelproduktion und hoffte auf eine ausreichende Gemüseernte, um die gesamte städtische Bevölkerung damit zu ernähren. Anne Holl (Holl 2000, 106-107) hat die vorhandenen Gartenformen wie folgt beschrieben:

- Huertos populares (Volksgärten): Das sind Flächen, die der Bevölkerung zur Bewirtschaftung übertragen werden. Sie haben ein unbefristetes Nutzungsrecht und sind pachtfrei. Gepflanzt wird für den Eigengebrauch.

- Organopónicos: Hier wird auf nicht landwirtschaftlicher Nutzfläche in von der Stadt zur Verfügung gestellten Kübeln gegärtnert. Befüllt werden diese mit Erde und organischer Substanz, was düngen überflüssig macht. Angebaut werden verschiedenste Gemüsesorten, die vor Ort an AnwohnerInnen verkauft werden.
- Intensivgärten: Diese Gärten sind den Organopónicos ähnlich, jedoch wird auf Flächen angebaut, die landwirtschaftlich nutzbar sind.
- Neben all den genannten Flächen gibt es rund um Havanna große Randgebiete, auf denen Staatsfarmen, Kooperativen und Privatbauern Lebensmittel produzieren.

Das kubanische Landwirtschaftsministerium hat mit der Dirección de Agricultura Urbana eine eigene Abteilung für städtische Landwirtschaft geschaffen, die, so Holl, stark zur Euphorie rund ums städtische Gärtnern beiträgt (Holl 2000, 106). In wie weit den Veröffentlichungen der Dirección de Agricultura Urbana glauben zu schenken ist, stellt Holl infrage. So schreibt sie, dass sie in zahlreichen Gesprächen mit PassantInnen immer wieder verwundert gefragt wurde, von welchen Stadtgärten sie sprechen würde (Holl 2000, 106). Sollten die Zahlen der Dirección de Agricultura Urbana stimmen, hat die kubanische Stadtbevölkerung eine Verbesserung ihrer Lebensmittelsituation erlebt. Auch muss angemerkt werden, dass die Landwirtschaft fast ausschließlich biologisch produziert, was aber wohl eher aus politischen Gründen (Handelsembargo und Betriebsmittelknappheit) als aus Umweltschutzgründen geschieht.

Es lässt sich erkennen, dass es in Havanna keine Gemeinschaftsgärten im Sinne der Definition in Kapitel 2.1.1. gibt. Die Gemeinsamkeit und daher auch die Relevanz bestehen darin, dass es sich hierbei um urbanes Gärtnern handelt, welches zur Versorgung der Bevölkerung dient und welches auch von den BewohnerInnen betrieben wird. Man könnte die Gärten von Havanna als Verbindungsstück zwischen den Gärten in afrikanischen Städten und den folgenden Gärten (New York und Berlin) verstehen.

2.3.3. Community Gardens in New York City

Community Gardens in New York City sind vor allem in den ärmeren Stadtteilen zu finden und werden von den AnrainerInnen betrieben. Der Hauptgrund ist zumeist ein Rettungsversuch vor dem Verfall der Nachbarschaft.

Um das Haushaltsdefizit auszugleichen hat die Stadtregierung Anfang der 1970er Jahre unter anderem die Grundsteuer angehoben. Das führte dazu, dass viele HausbesitzerInnen sich die Grundsteuer nicht mehr leisten konnten und so ihre Häuser entweder verfallen ließen oder an die Stadt verkauften. In den ärmeren Stadtteilen von New York führte dies dazu, dass ganze Straßen verelendeten und die Stadt die Häuser abriß. Diese Brachflächen dienten in weiterer Folge als Müllplätze und zogen Drogenmilieu und Straßenprostitution an. Grünsteidel bezeichnet dies als Teufelskreis, da sich dadurch immer mehr AnrainerInnen in ihre Häuser zurückzogen, Geschäfte schlossen, Häuser aufgegeben wurden und die Gegend immer mehr zum Ghetto wurde (Grünsteidel 2000, 126).

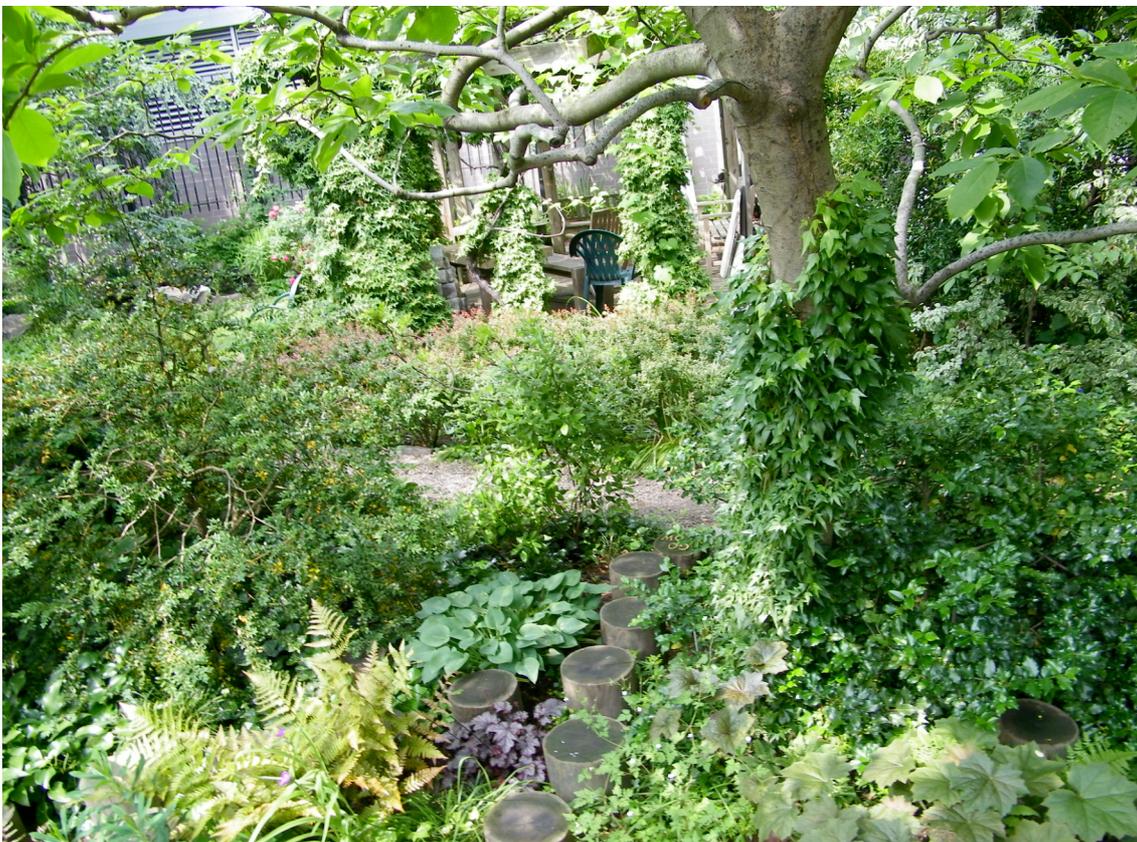
Deshalb entstanden zur gleichen Zeit die ersten Gemeinschaftsgärten in New York. AnrainerInnen nahmen sich der Brachflächen an und machten so ihre nahe Umgebung wieder lebenswert. Das lässt sich auch damit bestätigen, dass laut Grünsteidel die meisten Gemeinschaftsgärten in Gegenden angelegt sind, die mit den ärmsten Stadtteilen New Yorks deckungsgleich sind (Grünsteidel 2000, 126). Zu Beginn waren die Gemeinschaftsgärten illegal angelegt worden, AnrainerInnen nahmen sich einfach der Brachflächen an. Um aus dieser Illegalität herauszukommen, drängten sie die Stadtverwaltung zu einer Lösung. 1978 entstand deshalb GreenThumb, ein Büro, welches mit den AnrainerInnen Pachtverträge aushandelt, Hilfestellung anbietet und Gartenmaterial zur Verfügung stellt. Neben dieser Stadtorganisation entstanden im Laufe der Zeit auch immer mehr private Organisationen, welche die GärtnerInnen unterstützen, so zum Beispiel Green Guerillas (Grünsteidel 2000).

Für Grünsteidel (Grünsteidel 2000) liegt die Stärke der New Yorker Gemeinschaftsgärten darin, dass sie Ghettos wieder in lebenswerte Gegenden verwandelt haben. Vor allem alte Menschen und Kinder fühlen sich auf den Straßen wieder sicher, Drogengeschäfte und Straßenprostitution wurden aus dem Viertel verdrängt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass sich die

GärtnerInnen durch den eigenen Gemüseanbau Geld sparen. Vor allem in den sozial schwachen Gegenden, in denen sich die meisten Gemeinschaftsgärten befinden, ist dies nicht zu unterschätzen. Auch erfahren viele New YorkerInnen zum ersten Mal, dass sie ihre Umgebung aktiv gestalten können, so Grünsteidel. Durch die Vernetzung mit anderen GärtnerInnen aus der gesamten Stadt wird Selbstvertrauen, Stolz, aber auch Bildung vermittelt. Die AnrainerInnen werden offener und zufriedener, das Viertel wird belebter, was wiederum zu neuen Investitionen führt. So wird der Teufelskreis aufgehoben.

Der erste Gemeinschaftsgarten in New York war der Liz Christy Garden. Er ist bereits 1973 von der Namensgeberin Liz Christy und den Green Guerillas angelegt worden. Ein Jahr später wurde, auch durch Bestreben der Stadt, ein Pachtvertrag von \$1 pro Monat vereinbart. Seitdem ist der Garten ein fixer Bestandteil des Viertels und hat es erheblich aufgewertet. Er hat einen sicheren Status und muss anders als andere Gärten in New York City nicht mehr damit rechnen, dass das Grundstück jederzeit verkauft und in Bauland umgewidmet wird (Liz Christy Garden 2007).

Abbildung 2: Liz Christy Garden, New York City (© Sabrina Sehr)



2.3.4. Gemeinschaftsgärten in Berlin

Berlin ist bekannt für große Grünflächen innerhalb und außerhalb der Stadtgrenzen. Durch die turbulente Geschichte dieser Stadt gab es für die Bevölkerung auch immer wieder Möglichkeiten zu urbanem Gärtnern.

In Oranienburg, im Norden Berlins, wurde als eines der ersten Gartenprojekte die vegetarische Siedlungsgenossenschaft Eden gegründet. Bereits 1891 wurden hier 37 Hektar Land in 85 Parzellen geteilt und der Feldarbeit und dem Hausbau zur Verfügung gestellt. Verwaltet wurde dieses Gebiet genossenschaftlich. Ziel war, die Ernährung durch Subsistenzlandwirtschaft zu ermöglichen (Meyer-Renschhausen 2011).

Durch die 1902 gegründete Gartenstadtgesellschaft⁶ kam ein weiterer Meilenstein zu Berlins Gartengeschichte hinzu. 1907 entstand bereits die Gartenstadt Karlsruhe-Rüppurr und 1913 die Gartenstädte Falkensee, Lentzeallee und Staaken. Alle diese Städte hatten zum Ziel, den Menschen mit zu kleinem oder zu wenig Einkommen die Möglichkeit zur Selbsthilfe zu geben. Durch den Ersten Weltkrieg bekam diese Art der „Selbstversorgungs-siedlungen“ (Meyer-Renschhausen 2011, 322) eine noch höhere Brisanz für die Berliner Bevölkerung.

Zu dieser Entwicklung kam noch die Entstehung von Kleingärten dazu, auch bekannt als Schrebergärten⁷. 1914 wurde vom Bundesrat des Deutschen Reichs eine Verordnung erlassen, die eine intensive Bewirtschaftung von Brachflächen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln vorsah. Die Behörden bekamen dazu das Recht, Land zu beschlagnahmen und zum Nahrungsmittelanbau frei zu geben (Meyer-Renschhausen 2011).

In späterer Folge kamen in Berlin sogenannte Gartenarbeitsschulen hinzu. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden diese Schulen gegründet, damit die Kinder

⁶ Die Gartenstadtgesellschaft geht auf das 1898 erschienene Buch „Garden Cities for Tomorrow“ von Ebenezer Howard zurück. Howard forderte, dass alle zukünftigen Städte „nur noch mittelgroße Städte mit genügend Grünflächen“ werden sollten (Meyer-Renschhausen 2011, 321).

⁷ Ein kurzer historischer Überblick zu den Schrebergärten findet sich im Kapitel 3.1. dieser Arbeit.

die Möglichkeit haben sich im Freien aufzuhalten und Gemüse anzubauen. Die Gärten werden mithilfe der LehrerInnen bepflanzt und die SchülerInnen ernten und konsumieren an Ort und Stelle (Meyer-Renschhausen 2011).

Einen weiteren Schub bekam die urbane Gartenarbeit durch Hausbesetzungen in den 1970er Jahren. In Ost- und Westberlin wurden neben leerstehenden Häusern auch Brachflächen übernommen und begrünt. So entstanden Gärten, Spielplätze und Kinderbauernhöfe. Weiters kam es zur Bepflanzung von einzelnen Mauerstreifen, diese verschwanden aber nach der Wende fast wieder vollständig. Die Kinderbauernhöfe wurden in den 1980er Jahren schrittweise legalisiert und im Landesverband der Abenteuer- und Kinderbauernhöfe zusammengeschlossen. Wegen der geringen finanziellen Unterstützung seitens der Stadt ist aber ein Großteil dieser Kinderbauernhöfe ebenfalls wieder verschwunden. Im Zuge der Wende setzte ein Umdenken ein: In Berlin brach eine Krise aus, da sich die Industrie nach dem Ende des Kalten Krieges aus der Stadt zurückzog und die Stadt verarmte. Dieser blieb nichts anderes übrig als Grundstücke zu verkaufen und sich auf den Städtetourismus zu konzentrieren (Meyer-Renschhausen 2011).

Erst Mitte der 1990er Jahre kamen die ersten Gemeinschaftsgärten nach nordamerikanischem Vorbild nach Berlin. Der erste Garten dieser Art war der „Garten für die Marie“. Heute sind vor allem die „Prinzessinnengärten“ und „Allmende-Kontor“ bekannt, Gärten, die in Kisten angebaut werden, da sie noch immer von plötzlichen Räumungen bedroht sind (Meyer-Renschhausen 2011).

2.4. Politische Gärten

Gemeinschaftsgärten vermitteln das Gefühl, zu einer Gruppe zu gehören, und wie es Christa Müller ausdrückt, „neue Erfahrung von Heimat, Wertschätzung von Wahlverwandtschaften und Freundschaften“ (Müller 2010, 60) zu machen. Die GärtnerInnen werden zu einem „produktiven Teil der städtischen Natur“ (Müller 2010, 60). Neben alledem sind die neuen Formen des urbanen Gärtnerns aber auch Ausdruck einer politischen Bewegung. Es geht den GärtnerInnen um Partizipation in der Nachbarschaft und das Finden neuer Nutzungsmöglichkeiten von öffentlichem Raum. Sie wehren sich damit gegen die vorgegebenen Formen. Die Kommunalpolitik hat diese Bewegungen

wahrgenommen und sich ihrer angenommen. Sie unterstützt urbanes Gärtnern, wenn auch immer aus unterschiedlichen Gründen. Christa Müller (Müller 2010) führt als Beispiele dafür Berlin, Hamburg und München an. Die Berliner Stadtregierung hat 2006 eine spezielle Förderung für interkulturelle Gärten festgelegt und die Förderung von Flächenzuweisungen in ihre Agenda aufgenommen. In Hamburg wurde durch den Koalitionsvertrag zwischen CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands) und GAL (Grüne-Alternative-Liste) vereinbart, dass Flächen für interkulturelle und Nachbarschaftsgärten zu schaffen sind. In München wurde 2007 vom Stadtrat ein Gemeinschaftsgarten als Pilotprojekt beschlossen. Mittlerweile gibt es in München neben vielen verschiedenen Mietergärten, Hof- und Dachgärten 19 Krautgärten, 12 interkulturelle Gemeinschaftsgärten und 2 Jugendfarmen (Stiftungsinitiative Urbanes Gärtnern in München 2012).

Christa Müller (Müller 2010, 61) fordert die Politik auf, eine „Bodenvorratspolitik“ auszuarbeiten, um Flächennutzungspläne so zu gestalten, dass sie „den Anforderungen einer postfossilen Gesellschaft als auch denen einer pluralen, demokratischen Stadt“ genügen. Dies kann durch Gespräche mit BürgerInnen und Initiativen, durch Anträge und Thematisierung auf politischer Ebene geschehen. Für Lemke sind die allgemeinen politischen Strukturen für die Weiterentwicklung von Gemeinschaftsgärten zuständig: „Legislative acts as well as political funding instruments can be helpful in making city gardens grow and prosper. For that reason, the general political framework will have a great influence on the future of urban agriculture and gardening work.“ (Lemke 2009, 119).

Die aktuelle Entwicklung führt dazu, dass viele Gärten bei den Städten um finanzielle Unterstützung ansuchen und sich um diese zum Teil bewerben müssen. Karin Werner sieht darin den „Gipfel neoliberalen Regierens“ (Werner 2011, 70). Dies führt zu einem ständigen Kontakt zwischen den urbanen Gemeinschaftsgärten und der Politik.

2.5. Fazit

Stadt und Landwirtschaft hängen zusammen, das zeigen diese Ausführungen. Urbane Landwirtschaft ist kein Gegensatz zur Stadt, obwohl sie vor allem in

westlichen Großstädten nahezu verschwunden scheint. Die politische Verantwortung wird überall unterschiedlich wahrgenommen, dennoch sind diese Gärten, wie man an den globalen Beispielen erkennen kann, ein Ausdruck der vorherrschenden politischen Situation.

Eine einheitliche Definition, was Gemeinschaftsgärten sind, gibt es nicht. Dies hängt mit den unterschiedlichsten Ausformungen dieses urbanen Phänomens zusammen. Kein Garten gleicht dem anderen, keine Stadt geht damit gleich um. Was aber durchaus vergleichbar ist, ist die Motivation der GärtnerInnen. Unter anderem hervorgerufen durch Wirtschafts- und Umweltkrisen suchen viele Menschen nach Alternativen zur vorherrschenden industriellen Lebensmittelproduktion und stoßen auf Bio-Lebensmittel, Slow-Food-Bewegungen und eben auch auf urbanes Gärtnern. Zusätzlich dazu spielt die Teilhabe am öffentlichen Raum für viele eine große Rolle.

Die angeführten Aspekte des urbanen Gärtnerns sind breit gefächert. Durch die vorliegende Analyse wird das Phänomen des urbanen Gärtnerns greifbar gemacht und aufgezeigt, in welche Richtungen die wissenschaftliche Aufarbeitung bereits gegangen ist. Gemeinschaftsgärten sind ein wichtiger ökologischer Faktor, eine Möglichkeit zur Versorgung der StadtbewohnerInnen, Globalisierungskritik, bürgerlicher Ungehorsam, globale Vernetzung, Teilhabe, Partizipation und nicht zuletzt eine Möglichkeit zur nachhaltigen Stadtplanung.

Auf den ersten Blick passt das Konzept der unternehmerischen Stadt nicht zum Thema der Gemeinschaftsgärten. Anhand von Beispielen zeigt sich aber, dass durch Gemeinschaftsgärten einzelne Stadtviertel wiederbelebt und aufgewertet werden. Dies hat natürlich direkte Auswirkungen auf die BewohnerInnen, aber auch auf die Wahrnehmung der Stadt. Das Konzept der unternehmerischen Stadt postuliert, dass die Politik daran Interesse hat, die Stadt für Unternehmen attraktiv zu machen. Dadurch sollen Kapital und Arbeitsplätze an die Stadt gebunden werden und die Stadt im internationalen Standortwettbewerb besser dastehen. Dies funktioniert über unterschiedlichste Mechanismen. Im Zusammenhang mit Gemeinschaftsgärten stellt sich also die Frage, in wie weit die Förderung der Wiener Gemeinschaftsgärten in Relation zu dem Konzept der unternehmerischen Stadt steht.

Wachsende Städte müssen sich der Herausforderung stellen lebenswert zu bleiben und die Bevölkerung zu versorgen, sei es mit Naherholungsflächen oder – ganz konkret – einer funktionierenden Lebensmittelversorgung. Die angeführten globalen Beispiele zeigen deutlich, dass sich Menschen in Notsituationen illegal Grünflächen aneignen. Vor allem in Afrika wird die Nahrungsmittelversorgung durch städtisches Gärtnern gesichert. Dies erfolgt nicht durch die Behörden, sondern die BewohnerInnen werden selbst aktiv und pflanzen Gemüse an. Im Gegensatz dazu hat in Kuba die Politik reagiert und die BewohnerInnen von Havanna aufgefordert, in unterschiedlichen Projekten Gemüse anzupflanzen. New York und Berlin sind weitere Beispiele für den neuen Trend des urbanen Gärtnerns. Natürlich hat es in beiden Städten urbane Landwirtschaft auch schon vor den nun modernen Gemeinschaftsgärten gegeben, dennoch ist die derzeitige Entwicklung beispielhaft. BewohnerInnen nehmen sich einer Brache an und pflanzen illegal. In New York wurde dies teilweise legalisiert und im Nachhinein von der Stadt unterstützt, in Berlin sind die Gärten noch immer von plötzlichen Räumungen bedroht. Der Vergleich zu diesen Beispielen wird im Laufe der vorliegenden Arbeit zeigen, dass Wien einen anderen Weg eingeschlagen hat, so dass dieser Illegalität von Anfang an entgegengearbeitet wurde.

Der unterschiedliche städtische Kontext der einzelnen Gärten spiegelt sich in ihren Ausformungen wieder. Als zentrale Aussage lässt sich zusammenfassen, dass je mehr die Stadtbevölkerung von Armut geprägt ist, desto mehr Gemeinschaftsgärten zur Lebensmittelversorgung gedacht sind. Arme Städte des globalen Südens oder ärmere Stadtteile in westlichen Großstädten kämpfen mit der Unterversorgung ihrer BewohnerInnen. Gemeinschaftsgärten erfüllen hier eine wichtige Rolle der Versorgung. Im Gegensatz dazu trifft der aktuelle Trend des *urban gardenings* eine durchaus gut verdienende Mittelschicht, für die andere Aspekte als Versorgungssicherheit zählen. Wie in Kapitel 2.1.2. angeführt, geht es zum Teil um politische Partizipation der GärtnerInnen. Sie sind einerseits in ihre unmittelbare Umgebung eingebunden und gestalten diese mit, andererseits ist genau diese Teilhabe auch ein Ausdruck einer politischen Bewegung, die sich (womöglich) gegen die aktuelle politische Situation richtet oder auch als Kapitalismuskritik wahrgenommen werden kann. In Wien wird wie in Berlin, Hamburg und München eine

Förderung von der Stadt vergeben. Der Unterschied besteht aber darin, dass es in den deutschen Städten schon vor der Förderung zu Gartenprojekten gekommen ist. In Wien kam es durch die Förderung regelrecht zu einem Boom, wie in der weiteren Arbeit näher ausgeführt wird.

All dies ist auch für die Analyse der Wiener Gemeinschaftsgärten wichtig. Sind Gemeinschaftsgärten in Wien „nur“ ein Trend oder haben GärtnerInnen und PolitikerInnen andere Beweggründe?

3. Wiener Gärten

Wien hat neben Landwirtschaft und Weinbergen innerhalb der Stadtgrenze auch eine Vielzahl an Schrebergärten und Selbsterntefeldern. Aber auch am Balkon oder am Fensterbrett gärtnern die WienerInnen mit Hingabe, der Trend geht hin zum selber Anbauen. Das hat auch die Wiener Politik gemerkt und mischt nun kräftig mit.

Im Folgenden werden die einzelnen Aspekte der Wiener Gartenkultur beschrieben. Als fixer Bestandteil dieser Kultur sind in Wien seit Anfang des 20. Jahrhunderts Schrebergärten entstanden. Sie gehören mittlerweile genauso zu Wien wie die stadteneigene Landwirtschaft und der Weinbau. Aber auch an der Stadtgrenze und rund um Wien wird viel gegärtnert. Selbsterntefelder sind in den letzten Jahren für viele StadtbewohnerInnen ein Ersatz für fehlende Hausgärten geworden. Neben den Selbsterntefeldern wird aber auch die Hauszustellung von Biogemüse immer beliebter. Biobauern/Biobäuerinnen aus dem Wiener Umland beliefern die StadtbewohnerInnen direkt mit Obst und Gemüse. Als neuester Bestandteil der Wiener Gartenkultur sind nun die Gemeinschaftsgärten aufgetreten. Einer dieser Gärten ist der Gemeinschaftsgarten im Arenbergpark. Hier haben sich lokale PolitikerInnen vorgenommen, den BewohnerInnen einen Gemeinschaftsgarten zur Verfügung zu stellen. Wie dieser entstanden ist und welchen Problemen er ausgesetzt ist, wird im Anschluss beschrieben.

3.1. Vom Nutzgarten zum Hobbygarten zum Wohngarten – Wiener Schrebergärten

Die Ursprünge des Schrebergartens liegen nicht, wie man vielleicht denkt, bei einem Gartenverein, der schon seit Beginn mit Blumen- und Gemüseanbau beschäftigt war. Die erste nach dem Pädagogen Daniel Gottlob Moritz Schreber benannte Fläche war der Schreberplatz in Leipzig. Dieser Platz wurde 1865 von 250 Eltern als Spiel- und Turnplatz für ihre Kinder errichtet. Vier Jahre nach der Gründung wurden die ersten Kinderbeete angelegt und der erste Schritt zu den heute weit verbreiteten und nach diesem städtischen Freiraum für Kinder benannten Schrebergärten war getan. (Krasny 2012)

In Wien gibt es derzeit 26.831 Kleingärten bzw. Schrebergärten, welche in 247 Kleingartenvereinen organisiert sind (Zentralverband der Kleingärtner Österreichs 2013). Dr. Koppe (Koppe 2000) beschreibt in seinem Führer zur Ausstellung des Kulturvereins Freudenau, dass die Entstehung dieser Gärten auf Hungersnöte Anfang des 20. Jahrhunderts zurückgehe. Die damalige kaiserliche Verwaltung forderte die Bevölkerung auf, selber Erdäpfel und Gemüse anzubauen. So wurden bereits 1915 erste leere Bauflächen und ungenutzte Wiesen parzelliert und bepflanzt. 1916 entstand daraus die erste durch einen Verein organisierte Kleingartenfläche „Wasserwiese“ im Prater. In den nächsten Jahren folgten weitere Anlagen um die steigende Hungersnot zu bekämpfen. Mit dem Ende der Hungersnot wurden die Gärten ausgebaut, neben Erdäpfeln und Gemüse wurden nun auch Obstbäume und Beerensträucher gepflanzt. Der aus einer Not entstandene Garten wurde so zum sozialen Lebensmittelpunkt für viele Wiener Familien.

Mit dem Anschluss Österreichs an das NS-Regime veränderten sich auch die Kleingärten Österreichs. Die „hoch entwickelte gesellschaftliche Schrebergartenkultur“ (Koppe 2000, 7) wurde den strikten Regeln der NS-Herrschaft unterworfen. Jüdische Familien verloren ihre Gärten und GärtnerInnen, die sich nicht dem nationalsozialistischen Gedankengut unterwarfen, wurden ebenfalls die Gärten entzogen. Durch die Kriegssituation sah sich die NS-Verwaltung gezwungen, die Gartenarbeit der Bevölkerung zu forcieren. Mit einer Anordnung aus dem Jahr 1940 wurde neben einer intensiveren Nutzung aller bestehenden Gärten die landwirtschaftliche Nutzung aller infragekommenden Flächen gefordert.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die zum Großteil durch Kriegshandlung zerstörten Gärten wieder aufgebaut. Nahrungsmittel waren zu dieser Zeit besonders knapp, und so konnten die Familien ihre Versorgung verbessern. Ein weiterer Schritt waren die einjährigen Pachtverträge zwischen den GärtnerInnen und der Stadt Wien, die 1976 zu Zehnjahresverträgen verlängert wurden. 1978 wurde mit einem Gemeinderatsbeschluss eine Umwidmung der Flächen beschlossen. Die Kleingartenvereine forderten diesen Schritt, da ihre zu diesem Zeitpunkt illegalen Hütten jederzeit abgerissen werden konnten. Die Gärten bekamen aus diesem Grund die Widmung

„Erholungsgebiet Kleingärten“. Damit wurden die Hütten legalisiert und die Kleingärten an das Wiener Strom-, Kanal- und Wassernetz angeschlossen (Koppe 2000).

Vom Nutzgarten zum Hobbygarten, damit lässt sich die Geschichte der Wiener Kleingärten gut zusammenfassen. In den letzten Jahren hat es dennoch eine weitere Entwicklung gegeben. Die als kleine Unterstände gebauten Hütten wurden zu Häusern mit bis zu 35m² Fläche: wo der Platz nicht reichte, wurden die Gärten unterkellert. Die Gärten selber dienen nicht so sehr dem Gemüseanbau als der Freizeitgestaltung, einige Gemüsebeete wurden durch Swimmingpools ersetzt. Weiters wurde auf einigen Anlagen das ganzjährige Wohnen erlaubt (Umwidmung zu „Eklw“ – Grünland, Kleingartengebiet für ganzjähriges Wohnen – oder „GS“ – Gartensiedlung), wodurch diese Gärten zu Wohngärten wurden (Koppe 2000).

3.2. Landwirtschaft der Stadt Wien

Mit rund 2.000 Hektar Ackerfläche und 48 Hektar Rebfläche zählt die Stadt Wien zu den größten Landwirtschaftsbetrieben Österreichs. Zentrale Aufgabe war anfänglich die Lebensmittelversorgung der Wiener Spitäler und Kinderheime. Zusätzlich wurde eine unabhängige Versorgung in Krisenfällen sichergestellt. Aktuell werden vor allem Nahrungsmittel wie Getreide und Kartoffeln erzeugt. Um die Qualität des Bodens und des Grundwassers zu erhalten, wird auf ökologische Methoden geachtet. Weiters ist die Schaffung von Erholungsgebieten und die Reservehaltung von Grundstücken für die Stadterweiterung und Stadtentwicklung eine zentrale Aufgabe. Es werden jährlich 3.500 Tonnen Getreide (Winterweizen, Winterroggen, Wintergerste, Sommergerste, Hafer, Dinkel, Mais), 3.000 Tonnen Bio-Gemüse, 500 Tonnen Bio-Erdäpfel und 8.000 Tonnen Zuckerrüben produziert. Die Biologische Landwirtschaft der Stadt Wien ist mit ca. 1.000 Hektar eine der größten Biolandwirtschaften in Österreich (Magistrat der Stadt Wien 49 2013b).

3.2.1. Weingut der Stadt Wien

Mit dem Weingut Wien Cobenzl produziert Wien als eine der wenigen Großstädte dieser Welt eigenen Wein und vermarktet ihn kommerziell. Geführt wird das Weingut wie alle anderen landwirtschaftlichen Betriebe von der

Magistratsabteilung 49 (Forstamt und Landwirtschaftsbetriebe der Stadt Wien). Die Aufgaben sind die Produktion von Qualitätswein und die Bewirtschaftung, Erhaltung und Pflege der 48 Hektar Weinberge. Historisch ist die Stadt Wien eng mit dem Weinbau verbunden. Bereits im 12. Jahrhundert wurde der Wiener Weinbau urkundlich erwähnt (Magistrat der Stadt Wien 49 2013c).

3.2.2. Bio-Zentrum Lobau

Wie schon erwähnt, betreibt die Stadt Wien auf 1.000 Hektar Biolandbau. Im Bio-Zentrum Lobau wird seit 1987 organisch-biologisch nach den Richtlinien des Bioverbandes Bio Austria gewirtschaftet. Neben Kartoffeln wird Gemüse und Getreide angebaut und „ab Hof“ verkauft. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Zusammenarbeit mit dem Verein Bio Forschung Austria, Slow Food Wien und der Arche Noah (Gesellschaft zur Erhaltung und Verbreitung der Kulturpflanzenvielfalt). Dadurch wird einerseits der Biolandbau wissenschaftlich betreut und qualitativ überwacht und andererseits auf die Verwendung von alten und nahezu verschwundenen Kulturpflanzen geachtet (Magistrat der Stadt Wien 49 2013d).

3.2.3. Rund um Wien

Wien ist von großen Agrarflächen umgeben. Diese versorgen die Stadt mit Obst und Gemüse. Eine Satellitenaufnahme von Niederösterreich (Wien Umgebung) zeigt, dass diese Agrarflächen das Land rund um Wien prägen.

Abbildung 3: Wien Umgebung - Stadt-Land(wirtschaft)-Grenze (© Google)



In Niederösterreich wird vor allem Brotgetreide (32,9%) und Futtergetreide (28,8%) angebaut. Aber auch 1.796.803 Hektoliter Wein, was 64 % des gesamten in Österreich produzierten Weines entspricht (Landwirtschaftskammer Niederösterreich 2012).

In den letzten Jahren wurden sogenannte Biokisten immer beliebter. WienerInnen werden durch diese Kisten in regelmäßigen Abständen (wöchentlich, monatlich, je nach Wunsch) mit biologischem Obst und Gemüse beliefert. Das Angebot ist vielfältig und reicht von Kisten für Mutter-Kind über Regionalkisten bis hin zu Fairtrade Kisten (mit Südfrüchten). Adamah ist einer dieser Biobauernhöfe. Im Marchfeld, 10 Kilometer vor Wien, wird mit kontrolliert biologischer Landwirtschaft auf 90 Hektar alles für „das Kistl“ angepflanzt. Der Betrieb kultiviert auch alte, selten gewordene Pflanzensorten, unterstützt Forschungsprojekte und Photovoltaikbeteiligungsprojekte. Biokisten sind ein Angebot, welches die Stadtbevölkerung rege annimmt, die stets wachsenden KundInnenzahlen bestätigen dies (Adamah 2013).

3.3. Wiener Gemeinschaftsgärten am Beispiel Gemeinschaftsgarten Arenbergpark

Rüdiger Maresch (Maresch Interview 2013) geht davon aus, dass seit der rot-grünen Regierungsbeteiligung 20 bis 25 Gemeinschaftsgärten in Wien entstanden sind⁸. Viele Gärten sind erst im Entstehen, wie zum Beispiel der Gemeinschaftsgarten „Löwenzahn“ in der Brigittenau, 20. Wiener Gemeindebezirk (Gebietsbetreuung*2/20 2012).

Alle diese Gärten sind vom Konzept her gleich entstanden. Wie weiter unten beschrieben, wird meist von den Gebietsbetreuungen oder den Grünen in den Wiener Bezirken ein Gartenprojekt initiiert. Es folgt ein Beschluss der zuständigen Bezirksvertretung, die Suche nach einem passenden Grundstück und anschließend wird mit der Stadt ein Pachtvertrag und die Förderung arrangiert. Um die Mechanismen genauer zu untersuchen, wurde im Interview mit Ulrike Pilgram, Bezirksrätin aus dem 3. Bezirk Landstraße, ein von ihr initiiertes Projekt erläutert.

⁸ Einen guten Überblick gibt der Verein Gartenpolylog auf dessen Homepage (www.gartenpolylog.org).

Den Gemeinschaftsgarten Arenbergpark gibt es seit 2012. Er liegt im dritten Wiener Gemeindebezirk Landstraße auf einem sehr geschichtsträchtigen Platz. Im Schatten eines Flakturms sind rund 28 Hochbeete angelegt worden. Anhand dieses Gemeinschaftsgartens wird die Umsetzung eines solchen Projektes auf Wiener Kommunalebene erläutert.

3.3.1. Die Umsetzung

Als typisches Beispiel einer *top-down*-Initiative schildert Ulrike Pilgram, Bezirksrätin und Klubobfrau der Grünen im dritten Wiener Gemeindebezirk, die Entstehung dieses Gemeinschaftsgartens. Die Grünen Landstraße haben schon vor einiger Zeit begonnen, sich intern über dieses Thema zu informieren. Das Interesse innerhalb der Partei war gegeben und man wollte sich um die Umsetzung kümmern. Als nach den Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2010 die Grünen in Wien Landstraße das zweitbeste Ergebnis erlangten und somit auf Bezirksebene eine Koalition mit der SPÖ eingehen konnten, war klar, dass die Schaffung von Gemeinschaftsgärten in das gemeinsame Arbeitspapier einfließen sollte. Pilgram schildert diese Verhandlungen als Überzeugungsarbeit, da der SPÖ-Bezirksvorsteher nicht wusste, was ein Gemeinschaftsgarten ist und „Er hat das einfach unterschrieben und sich gedacht, ja das wird irgend so ein kleines Geschichtlerl und das machen wir schon“ (Pilgram Interview 2013). So musste ein Bewusstseinsbildungsprozess begonnen werden, der aus Gesprächen und einer Exkursion in einen bereits bestehenden Garten bestand.

Nach diesem Prozess wurde zunächst ein passendes Grundstück gesucht. Die Grünen, so Pilgram, hatten von Anfang an die ehemalige Hundezone im Arenbergpark im Auge. Nach längeren Diskussionen mit der Bezirks-SPÖ und dort vor allem mit dem Bezirksvorsteher kam es schließlich zu einer Einigung. Der SPÖ-Chef schlug ebenfalls den Arenbergpark vor. Pilgram dazu: „Es war halt wichtig, dass die Idee von ihm kommt.“ (Pilgram Interview 2013).

Als nächstes wurde der Verein Gartenpolylog in den Umweltausschuss geladen, um über Gemeinschaftsgärten zu sprechen. Dabei ging es vor allem um das „rein holen“ der anderen Fraktionen (Pilgram Interview 2013). Die Bezirksvertretung entschloss sich gemeinsam mit dem Verein Gartenpolylog die

Organisation des Gartens zu übernehmen. Ein Kostenvoranschlag wurde erstellt und beschlossen. Laut Plan zieht sich der Verein Gartenpolylog nach den ersten drei Jahren zurück, und es wird mit den GärtnerInnen ein eigener Verein gegründet, der sich dann auch selber finanzieren muss.

Die Finanzierung der ersten drei Jahre übernahm der Bezirk. Laut Pilgram sind das für diesen Zeitraum 40.000 bis 45.000 Euro. Finanziert wurde neben einem Zaun, Holz für Hochbeete, Sitzgelegenheiten, Erde und einem Pachtvertrag mit der Stadt Wien auch die Begleitung durch den Verein Gartenpolylog. Als „Zuckerl für den Bezirksvorsteher“ bezeichnet Pilgram die Förderung der Stadt Wien für die Errichtung des Gemeinschaftsgartens (Pilgram Interview 2013). Die GärtnerInnen mussten sich finanziell mit einem Gartenbeitrag von 20 Euro pro Beet und pro Jahr beteiligen.

Die Betreuung durch den Verein Gartenpolylog in den ersten drei Jahren inkludiert Workshops, die vor allem im ersten und zweiten Jahr stattfinden. Weiters ist der Verein für alle rechtlichen Belange (Verträge, Versicherung) zuständig und vermittelt zwischen den GärtnerInnen und dem Bezirk. Gartenpolylog ist auch mit allem Organisatorischen in und um den Garten beauftragt. So wurde die Beetvergabe auch vom Verein organisiert. Die AnrainerInnen sind angeschrieben und zu Informationsabenden eingeladen worden. Dabei konnten sich Interessierte informieren und für ein Beet anmelden. Laut Pilgram hat es über 300 Anmeldungen gegeben. Die Anmeldungen wurden in verschiedene Cluster nach Alter, Institutionen und Migrationshintergrund eingeteilt. Laut Pilgram war es besonders wichtig, Menschen mit Migrationshintergrund einzubinden. Die Beete wurden dann anhand dieser Cluster verlost. Alle, die kein Beet bekommen haben, wurden auf eine Warteliste gereiht.

Wie schon erwähnt, war es den beteiligten Institutionen wichtig, MigrantInnen in das Projekt mit einzubeziehen. Da aber, so Pilgram, MigrantInnen nicht von sich aus gekommen sind, mussten sie über MigrantInnenvereine angesprochen werden. Trotzdem ist der Gemeinschaftsgarten kein Integrationsprojekt geworden. „Weil die Leute mit Migrationshintergrund, die im Gemeinschaftsgarten sind, die sind selten dort.“ (Pilgram Interview 2013). Es sei schwierig, so

Pilgram weiter, diese Menschen in die Gemeinschaft einzubeziehen, da sie für sich alleine da sind, ihr Beet pflegen und dann den Garten wieder verlassen. Integration funktioniere hier nicht, es sein ein „Idealgedanke“ (Pilgram Interview 2013). Daher ist der MigrantInnenanteil sehr gering.

Nach der Beetvergabe wurde im Frühjahr gleich mit dem Bau der Hochbeete begonnen (siehe Abbildung 4). Die Hochbeete waren nötig, da die Fläche eine ehemalige Hundezone war. Die GärtnerInnen haben die Beete gemeinsam gebastelt. Pilgram bezeichnet dies als „ersten Akt der Gartengemeinschaft“ (Pilgram Interview 2013).

Abbildung 4: Bau der Hochbeete im Gemeinschaftsgarten Arendbergpark (© Ulrike Pilgram)



3.3.2. Die GärtnerInnen

Zwei Beete sind an die schon erwähnten Migrationsvereine vergeben worden. Neben diesen wurden noch Beete an einen Kindergarten und zwei Schulen vergeben. Die Beete der Schulen werden mehr oder weniger gut betreut, so Pilgram. Einige SchülerInnen sind sehr motiviert, die Hauptarbeit haben aber die LehrerInnen übernommen. Der Kindergarten benützt die Fläche auch als Spielplatz für die Kinder. Laut Pilgram sind aber die meisten GärtnerInnen

junge Bobo⁹ Paare und Familien. Pilgram vermutet, dass es eine „reine Bobo-Geschichte“ (Pilgram Interview 2013) ist, da die Teilhabe einen „Diskussionsprozess erfordert“, welcher „Arbeit bedeutet“, und dies wiederum sei „eine Angelegenheit von der gut gebildeten Mittelschicht, wenn nicht AkademikerInnen-schicht“ (Pilgram Interview 2013). Andere Menschen seien, so Pilgram, den Diskussionsprozess nicht gewöhnt und andere Themen seien wichtiger.

Da der Gemeinschaftsgarten erst seit 2012 besteht, ist im ersten Jahr noch keine große Fluktuation zu erkennen. Dennoch werden im zweiten Jahr Beete frei, da GärtnerInnen von sich aus aufhören, beziehungsweise wird bei schlecht betreuten Beeten nachgefragt, ob die GärtnerInnen überhaupt noch ein Interesse am Beet haben. Dadurch können immer wieder Menschen von der Warteliste nachrücken. „Damit es gerecht ist“, so Pilgram (Pilgram Interview 2013).

Die Fläche wird wie schon erwähnt vom Kindergarten als Spielplatz verwendet. Die GärtnerInnen verwenden den Garten aber auch um sich zu treffen. Es seien Freundschaften entstanden, so Pilgram (Pilgram Interview 2013), die abends mit einem gemeinsamen Kaffee oder einer Flasche Wein zusammen kommen.

Die Motivation vieler GärtnerInnen sieht Pilgram vor allem in der „Spielerei“ und im „Experiment“ des Gärtnerns. Es „passt zum Trend“. Die Erfahrung, in der Erde zu graben und „zu schauen, was da raus kommt“ sei für viele wichtig, so Pilgram (Pilgram Interview 2013). Um sich mit der Ernte zu ernähren, dafür sei das Beet zu klein. Es werde allerdings genug geerntet, um den Gemüsekauf zu reduzieren.

3.3.3. Die Kommunalpolitik

Die Initiative zum Gemeinschaftsgarten ging eindeutig von den Grünen im dritten Bezirk aus, so Pilgram. Dennoch waren sie auf die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner (SPÖ) angewiesen. Der Bezirksvorsteher (SPÖ) wusste

⁹ Wortkreation die sich aus „bourgeois“ und „bohemian“ zusammensetzt; geprägt durch: Brooks, David (2000). Die Bobos. Der Lebensstil der neuen Elite.

zunächst nicht, was Gemeinschaftsgärten sind, doch da auch der Klubvorsitzende der SPÖ-Landstraße von Anfang an für das Projekt war, wurde seitens der SPÖ nicht blockiert. Als nächstes mussten die Grünen und die SPÖ die restlichen Parteien in den Prozess mit einbeziehen. Nachdem der Verein Gartenpolylog im Umweltausschuss über Gemeinschaftsgärten referiert hatte, war seitens der ÖVP Landstraße Zustimmung zu erkennen, in den Bezirksvertretungssitzungen stellten sie Anträge und Anfragen und brachten sich so in den Prozess ein. „Bis auf die FPÖ, aber die sind ja sowieso.“ so Pilgram. Mittlerweile sind die ÖVP „am Rande“ und die FPÖ „gar nicht“ involviert, so Pilgram weiter (Pilgram Interview 2013).

3.3.4. Die Probleme

Der Arenbergpark ist ein relativ großer Park. Der Nutzungsdruck hält sich in Grenzen und somit war er für die Grünen Landstraße der ideale Platz. Die Fläche, auf der nun gegärtnert wird, ist eine ehemalige Hundezone, daher wurde sie nicht als Liegefläche verwendet, so Pilgram (Pilgram Interview 2013). Einzig der Kindergarten nutzte die Fläche, und dieser ist nun als Mitglied in den Gemeinschaftsgarten eingebunden. Mit dem Kindergarten gibt es aber auch ein gewisses Konfliktpotenzial, so Pilgram weiter. Wie schon erwähnt, wird die Fläche von den Kindern auch als Spielplatz verwendet, was manchen GärtnerInnen „zu viel“ ist. Viele verwenden den Garten als Rückzugsort, und mit 20 tobenden Kindern sei dies nicht mehr möglich. Laut Pilgram kümmert sich um solche Konflikte der Verein Gartenpolylog. Er setzt sich in diesem Fall zum Beispiel mit dem Kindergarten in Verbindung und versucht eine Lösung zu finden.

Von AnrainerInnenkonflikten hat Pilgram noch nicht viel mitbekommen. Durch die Informationsabende wurden diese in den Prozess miteingebunden und informiert. „Wir haben zu 99% positives Feedback“, so Pilgram (Pilgram Interview 2013). Interessierte werden in den Garten eingeladen und herumgeführt. „Neid hab ich nicht erlebt“ (Pilgram Interview 2013). Durch Gartenfeste werden die AnrainerInnen und ParkbenutzerInnen auch weiterhin in den Gemeinschaftsgarten involviert, „dadurch halten sich Konflikte sehr gering“ so Pilgram (Pilgram Interview 2013). Einige wenige Diskussionen gibt es über die „quasi Privatisierung“ öffentlichen Raums. Durch den Zaun wird ein

öffentlich zugänglicher Platz abgesperrt. Der Zaun sei aber wichtig, um eine „Hemmschwelle“ zu haben, und aus Versicherungsgründen.

Pilgram selbst hat ihre Probleme mit dieser „quasi Privatisierung“ öffentlichen Raums. Die GärtnerInnen sind „sehr privilegiert“, so Pilgram (Pilgram Interview 2013). Gerecht findet sie es nicht, dass einige wenige einen Garten in der Stadt vom Bezirk bezahlt bekommen. Die GärtnerInnen mussten nichts dafür tun und andere Leute würden ausgeschlossen.

Im Moment ist der Arenbergpark-Gemeinschaftsgarten der einzige im Bezirk. Die Grünen-Landstraße würden gerne noch weitere Gärten umsetzen, aber es besteht ein Platzproblem, so Pilgram. Der dritte Bezirk hat keine großen Flächen, und geeigneter Grund liegt abseits der Wohngegenden. Pilgram ist auch am überlegen, ob die nächsten Gärten anders umgesetzt werden sollen. Interessierte könnten sich bei Exkursionen in den Gemeinschaftsgarten informieren, so Pilgram, und selber eine Initiative setzen.

Pilgram glaubt, dass die Entwicklung von Gemeinschaftsgärten in Wien „abflachen“ (Pilgram Interview 2013) wird, die bestehenden Gärten aber weitergeführt werden. Ihre Vermutungen sind, dass die Selbsterntefelder um Wien weiter ausgebaut werden, da durch diese der Obst- und Gemüsekauf „sehr reduziert“ (Pilgram Interview 2013) werden kann, und dass durch die bestehende Wirtschaftskrise dieser Faktor immer mehr an Bedeutung gewinnen wird.

3.3.5. Weitere AkteurInnen

Neben der Stadtregierung und den Bezirksvertretungen gibt es noch weitere AkteurInnen, die sich in Wien der Gemeinschaftsgärten annehmen. Sie sind vielfach erste Anlaufstellen für BürgerInnen, aber auch PolitikerInnen, die in ihnen PartnerInnen finden.

Verein Gartenpolylog

Der Verein Gartenpolylog ist ein in Wien ansässiger Verein, der sich die Vernetzung der verschiedenen Gartenprojekte in Österreich zur Aufgabe gemacht hat. Seine Hauptaufgabe ist außerdem die Unterstützung der verschiedensten InitiatorInnen bei der Implementierung von

Gemeinschaftsgärten in Wien. Der Verein berät KommunalpolitikerInnen sowie BürgerInnen und erstellt Planungskonzepte. In weiterer Folge ist er für bis zu drei Jahre in die Projekte eingebunden und bietet neben Workshops jegliche Art der Unterstützung an. Als Vernetzungsplattform von (interkulturellen) Gärten in Österreich organisiert der Verein Gartenpolylog eine jährliche Netzwerktagung (Gartenpolylog 2013b).

Wiener Stadtgärten (MA42)

Die Wiener Stadtgärten sind im Ressort der Stadträtin für Umwelt Mag.^a Ulli Sima angesiedelt. Zu den MitarbeiterInnen der MA42 zählen StadtgärtnerInnen, die sich um die Pflege und den Erhalt der Wiener Parks, Kinderspielplätze, Grünstreifen und anderer Grünflächen kümmern. Sie bringen sich in die Gestaltung und Umsetzung von Gemeinschaftsgärten ein und unterstützen die GärtnerInnen mit Fachwissen, aber auch mit Erde und Kompost. Die Wiener Stadtgärten sind für die Vergabe der Förderung für Gemeinschaftsgärten zuständig und eine erste Anlaufstelle für viele Interessierte (Magistrat der Stadt Wien 42, 2013).

3.4. Wiener Politik und Gemeinschaftsgärten

Das Parteienspektrum der Wiener Politik hat sich bei den Bezirksvertretungs- und Gemeinderatswahlen 2010 erheblich verändert. Bis zu diesem Zeitpunkt regierte die SPÖ lange Zeit mit absoluter Mehrheit. Seit den 1950er Jahren konnten die SPÖ und ÖVP ihren Stimmenanteil bei den Gemeinderatswahlen ausbauen. Die KPÖ verlor immer mehr, bis sie schließlich 1969 aus dem Gemeinderat ausschied. Als neue Partei kam 1959 die FPÖ dazu und bekam auf Anhieb 4 Mandate. Durch die Stimmengewichtung auf SPÖ und ÖVP gab es eine Rathauskoalition, in der die ÖVP immer den Vizebürgermeister stellte. Diese auf Konsens aufgebaute Politik „sicherte den sozialen Frieden, aber sie unterminierte soziale Innovation und Kreativität“ (Becker/Novy 1999, 6). Erst als 1973 die SPÖ mit 66 Mandaten ihr bestes Ergebnis lieferte, bekam die ÖVP keinen Vizebürgermeister und auch keine amtsführenden StädtInnen mehr (Csendes 1990).

Der Wiener Gemeinderat (gleichzeitig Landesregierung Wien) besteht aus 100 Mandaten, die alle 5 Jahre neu gewählt werden. Bei den Wahlen 2010 errang

die SPÖ 49 Mandate und schloss eine Koalition mit den Grünen, die auf 11 Mandate kamen (Magistrat der Stadt Wien 23, 2013). Diese Koalition war für Wien ungewöhnlich, da erstens die SPÖ bis dahin lange Zeit alleinregierend war und zweitens eine Koalition mit den Grünen in Österreich eher eine Ausnahme war: (i) von 1994 bis 1999 waren die Grünen in der Tiroler Landesregierung und (ii) seit 2003 sind sie in der Oberösterreichischen Landesregierung vertreten (Dachs 2006), auf Stadtebene (iii) waren die Grünen von 2008 bis 2012 in Graz in der Regierung (Grüne Graz 2013).

Schon von Beginn der Regierungsbeteiligung an versuchten die Grünen die Stadtpolitik mitzulenken. Neben der Förderung von Gemeinschaftsgärten wurde der öffentliche Verkehr vergünstigt und eine umfassende Parkraumbewirtschaftung eingeführt. Durch diese Beispiele lässt sich erkennen, dass durch die Grünen neue Impulse hin zu einer ökologisch nachhaltigeren Stadt gesetzt wurden (Grüne Wien 2013). Wie diese im Bereich der Gemeinschaftsgärten konkret ausgesehen haben, wird im Folgenden erläutert.

3.4.1. Rot-Grüne Regierungsarbeit in Wien

Im folgenden Kapitel wird beschrieben, von wem die Initiative zur Förderung von Gemeinschaftsgärten in Wien ausging. Das besondere Augenmerk liegt auf der Ausarbeitung der Interviews mit Vassilakou und Maresch. Die rot-grüne Regierungsarbeit ist im Zusammenhang mit der Initiative und den Verhandlungen der beiden Koalitionspartner ausschlaggebend. Es lässt sich aus den Interviews erkennen, dass es durch die Förderung in Wien zu einer *top-down*-Bewegung gekommen ist. Für eine Analyse, wieso es zu dieser Bewegung kam, ist das Verstehen der politischen Strategie wichtig. Ein mögliches Problem ist die Diskussion der Privatisierung von öffentlichem Raum durch Gemeinschaftsgärten. Beide, Vassilakou und Maresch, sehen dieses Problem. Im Anschluss an diese Problemdiskussion wird von den InterviewpartnerInnen ein Ausblick über die weiteren Entwicklungen in Wien gegeben.

Initiative

Seit dem Beginn der finanziellen Förderung von Gemeinschaftsgärten in Wien sind um die 20 bis 25 Gärten entstanden. Aber auch davor hat es bereits zwei Projekte gegeben, die Rüdiger Maresch als Anstoß nahm, die Entstehung

solcher Gärten anzutreiben. Das waren der Heigerleingarten in Ottakring (16. Bezirk) und der Wirbel Garten in Floridsdorf (21. Bezirk). Beide sind vor der rot-grünen Regierungsbildung 2010 entstanden, wurden aber bereits von der Stadt Wien unterstützt. Bei Rüdiger Maresch und seinen Grünen KollegInnen entwickelte sich daraus die Idee, Gemeinschaftsgärten in jedem Bezirk zu fordern. Als nach der Gemeinderatswahl 2010 die Wiener SPÖ mit den Grünen Wien eine Koalition beschloss, war es für Rüdiger Maresch klar, diese Gärten in das Regierungsabkommen aufzunehmen. Er verhandelte auf Seite der Grünen die Themengebiete Umwelt und Verkehr und konnte so seine Konzepte einbringen. Auf die Frage, von wem die Initiative zur Förderung ausging, antwortete Maresch: „Von den Grünen, weil ich ein Teil der Grünen bin.“ (Maresch Interview 2013). Es gab zwar schon davor Gespräche mit der SPÖ und vereinzelt Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, aber erst im Zuge der Regierungsverhandlungen wurde eine Förderung beschlossen. Obwohl Maria Vassilakou nicht direkt an den Verhandlungen teilgenommen hatte, wäre es für sie keine Überraschung „wenn es Rüdigers Idee war“ (Vassilakou Interview 2013).

Verhandlungen

Bei den einleitenden politischen Verhandlungen gab es kaum Probleme, da sind sich Maresch und Vassilakou einig. Innerhalb der Grünen wurde das Konzept der Gemeinschaftsgärten naturgemäß gut aufgenommen und unterstützt, da „mit relativ wenig Ressourceneinsatz ein großer Erfolg“ (Maresch Interview 2013) erbracht werden kann, so Maresch.

Den Koalitionspartner SPÖ schätzen beide ähnlich ein. So lange die Projekte nicht zu teuer werden, werden sie von der SPÖ unterstützt, ist für Vassilakou klar. Innerhalb der Stadtregierung sind mehrere Ressorts mit dem Thema Gemeinschaftsgärten beschäftigt, aber „weder das Jugendressort, noch Migrationsressort, noch ich, geschweige denn das Umweltressort“ würden sich gegen die Förderung aussprechen, so Vassilakou (Vassilakou Interview 2013). Für Vassilakou ist weiter klar, dass die SPÖ den globalen Trend erkannt hat und sich deshalb „nur Gutes“ erhofft, dennoch geht sie davon aus, dass es manchen „wurscht“ sei (Vassilakou Interview 2013).

Maresch habe vor allem mit dem Stadtrat Ludwig und der Stadträtin Sima verhandelt. Beide „waren eigentlich sehr angetan von dem Projekt“ und haben es unterstützt (Maresch Interview 2013). Von dieser Offenheit den Gemeinschaftsgärten gegenüber war Maresch „fast überrascht“ (Maresch Interview 2013), obwohl durch Gespräche mit Stadtrat Ludwig und Stadträtin Sima vor den Verhandlungen schon absehbar war, dass es keine Probleme geben würde. Auch für Maresch und seine Verhandlungen war der Kostenfaktor ausschlaggebend: „(...) es ist relativ kostengünstig in Wirklichkeit. Ich bewege da nicht gewaltige Dinge“, und dadurch war die SPÖ kein Hindernis (Maresch Interview 2013). Einzig auf Bezirksebene gab es Bedenken. Vassilakou erklärt sich dies so: „(...) ein paar machen es mit Begeisterung und ein paar lehnen es ab, weil alles was neu ist, unübersichtlich ist und ein Stück weit bedeutet, Gestaltungsmacht abzutreten an eine unübersichtliche Gruppe, Masse“ (Vassilakou Interview 2013).

3.4.2. Top-Down-Bewegung

Man erkennt gut, dass Gemeinschaftsgärten in Wien meist eine *top-down*-Bewegung sind. Jedoch ist es für Maresch wichtig anzumerken, dass es nicht immer so war. Die ersten urbanen Gärten (siehe Kapitel 3.1.) waren „Landnahmen“ (Maresch Interview 2013) und auch Guerilla Gardening hat es in Wien gegeben, beides BürgerInneninitiativen mit *bottom-up*-Tendenzen. Die derzeitige Entwicklung ist dennoch eine *top-down*-Bewegung, so Maresch weiter: Gemeinsam mit einem Verein wird von Seiten der Stadt – „oder die Grünen oder ich“ – das Projekt umgesetzt (Maresch Interview 2013).

Für Vassilakou ist der *top-down*-Ansatz eine logische Folge einer Wiener Tradition. In Wien gäbe es, so Vassilakou, keine Tradition „Dinge zu besetzen“ und „Dinge aus einer zivilen Initiative heraus“ zu gestalten (Vassilakou Interview 2013). Sie erklärt sich dies damit, dass die Stadt Wien mit einer Welle an Bestimmungen jegliche Initiative erschwert. Es kam daher zu einer *top-down*-Bewegung, es galt die Bürokratie „zu besiegen“ und damit verbundene Schwierigkeiten „zu überwinden“ (Vassilakou Interview 2013).

Wie schon erwähnt erlebte auch Pilgram (Pilgram Interview 2013) eine *top-down*-Bewegung. Sie stellt in den Raum, ob dies eine sinnvolle Entwicklung ist

und überlegt, ob sie bei einem möglichen nächsten Gemeinschaftsgarten womöglich eine andere Herangehensweise wählen würde.

3.4.3. Strategie

Wenngleich aus derselben Partei, haben Vassilakou und Maresch eine andere Strategie im Zusammenhang mit Gemeinschaftsgärten genannt. Als Stadträtin für Stadtentwicklung ist für Vassilakou natürlich der stadtplanerische Aspekt im Mittelpunkt, wohingegen für Maresch der Umweltschutz an erster Stelle steht. Dennoch lässt sich einiges an Gemeinsamkeit erkennen.

Für Maria Vassilakou gab es zwei ausschlaggebende Überlegungen: (i) die damit verbundene BürgerInnenaktivierung und (ii) die Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt. Als eines der größten Probleme, die der Stadt zu schaffen macht, ist die Landflucht junger Paare aus Wien ins Umland zu benennen. Viele junge Familien zieht die Sehnsucht nach Grün und dem Haus am Land aus der Stadt hinaus. Ziel einer erfolgreichen Stadtpolitik ist es, diese Sehnsucht zu „bekämpfen“ (Vassilakou Interview 2013) und den jungen Menschen und Familien Möglichkeiten in der Stadt zu bieten. Gemeinschaftsgärten bieten hier die Möglichkeit, das „zentrale Bedürfnis“ (Vassilakou Interview 2013) nach Gartenarbeit in der Stadt zu befriedigen, so Vassilakou.

Eine Strategie der Regierung ist für Vassilakou schwer zu nennen, da doch jedes Ressort eine andere verfolgen kann. Sie definiert ihr Strategieziel explizit als BürgerInnenaktivierung und Lebensqualitätsverbesserung. Weiters erhofft sich Vassilakou auch eine Zwischennutzung von Brachflächen. Durch diese Zwischennutzung ist es für AnrainerInnen möglich, einen „Bezug“ zur Umgebung zu entwickeln, wo in weiterer Folge ein erfolgreiches BürgerInnenbeteiligungsmodell geschaffen werden soll.

Die Frage nach Ernährungssouveränität hat für Vassilakou im „Hinterkopf“ eine Rolle gespielt, sie vermutet allerdings nicht für die SPÖ (Vassilakou Interview 2013). Eine komplette Autarkie wird nicht angestrebt, das sieht sie als unmöglich an. Dennoch hat Vassilakou einige Projekte diesbezüglich vor

Augen, so zum Beispiel vertikale Landwirtschaften wie „Bosco Verticale“ (Vassilakou Interview 2013).

Ein weiterer Punkt ist für Vassilakou die Attraktivitätsgewinnung für die Stadt, sei es für die BewohnerInnen als auch für den Tourismus. Sie könnte sich gut vorstellen, durch Vorzeigeprojekte eine international interessierte Community anzusprechen. Durch solche „Leuchtturmprojekte“ (Vassilakou Interview 2013) könnte aber auch die direkte Umgebung profitieren und dadurch die ganze Stadt als Vorbild dienen.

Eine bloße Bedienung der Grünen Klientel sieht Vassilakou nicht. Sie erkennt jedoch ein Generationenproblem der Wiener Bevölkerung. „Die älteren Jahrgänge wirst du deshalb nicht bekommen, weil sie haben alle einen Kleingarten, das sind die privilegierten Generationen, die schon für sich selbst ordentlich vorgesorgt haben.“ (Vassilakou Interview 2013). MigrantInnen sind deshalb schwer anzusprechen, so Vassilakou, da sie einerseits in den Sommermonaten, in denen gegärtnert wird, vielfach in den Heimatländern sind und dort ihre eigenen Gärten pflegen; weiters widerspiegelt es eine Frage des Ortsbezugs: Während die zweite, dritte Generation leichter anzusprechen sei, habe die ältere Generation vielfach „noch dieses Ding offen“, ob sie in dieses Land gehören oder nicht (Vassilakou Interview 2013). Obwohl Vassilakou nicht bestreitet, dass zurzeit in erster Linie AkademikerInnen gärtnern, liegen die Gründe dafür vor allem im Zugang zu Gärten, seien es Kleingärten oder Gemeinschaftsgärten. Dennoch kommt die derzeitige Entwicklung den Grünen entgegen, Vassilakou geht aber davon aus, dass sich dies in Zukunft ändern wird, sie erklärt allerdings nicht, wie sie auf diese Annahme kommt (Vassilakou Interview 2013).

Für Rüdiger Maresch war von Anfang an klar, dass sich die rot-grüne Regierung um die Stadtbegrünung kümmern wird. Eine Hauptrolle spielte für ihn allerdings der Klimawandel und wie die Stadt mit diesem Problem umgeht. Für Maresch bieten Gemeinschaftsgärten wie für Vassilakou eine Möglichkeit der BürgerInnenbeteiligung, die darüber hinaus öffentlichen Raum nutzt. Wichtig ist es ihm, dass es keine „Kleingartenkonstruktion“ (Maresch Interview 2013) wird. Es soll ein offenes und für alle zugängliches Projekt bleiben, in dem

Menschen sich im Bezirk einbringen, ein „Sozialleben entwickeln“ und sich darüber hinaus mit Natur befassen (Maresch Interview 2013).

Auch für Maresch ist es nicht unbedingt eine Klientelbedienung, aber „ein interessanter Aspekt vielleicht“ (Maresch Interview 2013). Er betont, dass die Punkte (a) Stadtbegrünung und (b) eine verbesserte Beziehung der BewohnerInnen zur Stadt für ihn im Mittelpunkt standen. Ein weiterer ausschlaggebender Punkt (c) war, wie für Vassilakou, der Bereich der Naherholung und des Bedürfnisses nach Grünraum. Für Maresch liegt es auf der Hand, dass BewohnerInnen, die keinen Kleingarten oder andere Möglichkeiten zur Erholung im Grünen haben, ins Auto steigen und aus der Stadt hinausfahren. Durch Gemeinschaftsgärten und generell mehr Nutzgrün in der Stadt kann dies aufgefangen und somit der Verkehr eingedämmt werden. Als weiteren Aspekt (d) nennt Maresch den Effekt der „Re-Demokratisierung“ der BewohnerInnen. Durch Gemeinschaftsgärten als BürgerInnenbeteiligungsprojekt „gewinnt“ man die Bevölkerung wieder zur Teilnahme und Teilhabe an der „Politik im öffentlichen Raum“ (Maresch Interview 2013). Die „Verhüttelung“ des Grünraums nennt Maresch als letzten Aspekt (e). Grünraum ist in einer Stadt essentiell: Er muss gut durchgeplant werden und Kompromisse zwischen Verbauung und Begrünung müssen gesucht werden (Maresch Interview 2013). Zurückgehend auf die Frage nach der Klientelbedienung sind Gemeinschaftsgärten nicht unbedingt eine solche, dennoch erkennt auch Maresch, dass vermutlich vom internationalen Trend des *urban gardening* kommend viele ‚Bobos‘ und Grüne StammwählerInnen Interesse an Gemeinschaftsgärten haben. Er sieht darin aber keinen tiefergreifenden Wunsch nach Ernährungssicherheit, denn der „Bobo geht ins Biogeschäft oder lässt es sich liefern“ (Maresch Interview 2013) und spricht damit den Trend des Biokistl (siehe Kapitel 3.2.3.) an.

3.4.4. Privatisierung öffentlichen Raumes

Maria Vassilakou und Rüdiger Maresch haben in den Interviews, ohne direkt danach gefragt zu werden, die Problematik der „Privatisierung öffentlichen Raumes“ angesprochen. Diskussionen über die Privatisierung öffentlichen Raumes im Bezug auf Gemeinschaftsgärten hat es im Vorfeld durchaus gegeben, so beide einhellig. Für Vassilakou ist klar, dass man sich bei jedem

neuen Gemeinschaftsgartenprojekt gut überlegen muss, wo dieser Garten hinkommt, wie der Nutzungsdruck des Grundstücks aussieht und wer den Garten nutzen wird. Auch soll von Anfang an klar sein, wie oft die Beete die GärtnerInnen wechseln müssen, damit auch Menschen auf Wartelisten eine Chance auf ein Beet haben.

Alldem fügt Maresch hinzu, dass es an sich keine Privatisierung ist, da der Grund nicht verkauft wird, sondern lediglich verpachtet. Dem Gartenverein kann jeder/jede, der/die sich dafür interessiert, beitreten. Durch die Verlosung der Beete ist die Vergabe für Maresch durchaus fair, und vor allem ist es ein Unterschied, so Maresch, „wenn die Stadt Wien einer Firma einen Platz zur Verfügung stellt und das dann auf 99 Jahre nicht benutzen kann“ (Maresch Interview 2013). Auch Pilgram (Pilgram Interview 2013) ist hier ambivalent eingestellt. Sie findet ebenfalls, dass die GärtnerInnen sehr privilegiert sind, aber gleichzeitig durch die Verlosung eine Offenheit entsteht. Dennoch sieht sie ein Problem, kann aber keine Lösung dafür nennen.

Was beide nicht wollen, ist eine Entwicklung hin zu dem, was aus den Kleingärten geworden ist. Beide betonen, dass es positive und negative Aspekte dieser Kleingärten gibt, dennoch ist es ein Privileg weniger, eine Exklusivität, welche andere Menschen ausschließt; beide betrachten dies kritisch.

3.4.5. Ausblick

Die derzeitige Entwicklung finden sowohl Vassilakou als auch Maresch sehr zufrieden stellend. Die Anzahl der Gemeinschaftsgärten ist noch ausbaufähig und Vassilakou erwartet, dass „es ein Trend wird, der uns begleiten wird durch dieses Jahrhundert“ (Vassilakou Interview 2013). Vassilakou geht davon aus, dass sich durch die Urbanisierung und das Wachsen der Städte die Bedeutung des öffentlichen Raums verändern wird. Das Schaugrün wird verschwinden, bis auf „einige kleine, vielleicht denkmalgeschützte Schaugrün“ und es wird mehr Nutzgrün geben. „Und dann, denke ich, wird es Abschnitte geben eines Parks, wo so etwas gemacht wird und dann halt einfach Rückzugsräume mit Liegen und weiß der Teufel was man damit tun wird. Aber man wird sie nutzen.“ (Vassilakou Interview 2013). Heute geht Vassilakou von einer Zukunft aus, die

sie als „Utopie“ bezeichnet, die aber bald Realität werden kann, denn Platz wird ein „knappes Gut“ werden. Vorzeigemodelle gebe es genug, sie nennt zum Beispiel Seattle, eine Stadt die jetzt schon 25% des eigenen Gemüsebedarfs selber produziert (Vassilakou Interview 2013). Und wenn zukünftig in Kleingärten generell ganzjähriges Wohnen erlaubt sein wird, und der Ursprungsgrund des Gärtnerns dann verschwunden ist, wird die Forderung nach anderen Formen des urbanen Gärtnerns lauter werden, so Vassilakou abschließend.

Für Maresch gibt es viele Überlegungen, die entweder bereits angedacht werden oder in Zukunft eine Rolle spielen könnten. Gespräche führt er bereits zu sogenannten Therapiegärten. Das sind Gärten, in denen demenzkranke Menschen die Möglichkeit zum Gärtnern haben; dies soll fördernd, aber auch beruhigend auf die PatientInnen wirken. Geplant ist ein Therapiegarten in Wien-Donaustadt, wo es bereits einen Betreuungsverein gibt, lediglich das Grundstück muss noch gefunden werden. Auch kann sich Maresch Projekte wie *Community-supported Agriculture (CSA)* gut vorstellen, Entwürfe, die durchaus „eine höhere Dimension“ haben können (Maresch Interview 2013). Planungsprojekte wie Gemeinschaftsgärten oder Selbsterntefelder werden an Größe und Vielfalt zugewinnen, da ist sich Maresch sicher. Eine einzige Vorschrift ist für ihn allerdings wichtig, alle Vorhaben müssen nach Biolandbau-Richtlinien geführt werden, dies sei ein „Minimum“, so Maresch (Maresch Interview 2013).

Die finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Wien wird es weiter geben, das bestätigen sowohl Vassilakou als auch Maresch. Für Maresch ist auch klar, dass es in Zukunft Förderungen für mehr als einen Gemeinschaftsgarten pro Bezirk geben soll.

3.5. Fazit

Wien ist eine gärtnernde Stadt. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die vorhandenen Gärten in Wien. Durch historische Gegebenheiten war die Wiener Bevölkerung auf den Eigenanbau von Gemüse angewiesen. Zuerst waren es illegale Landnahmen, die in Zeiten von Hungersnöten zur Versorgung dienten. Später wurden diese Gärten durch Pachtverträge legalisiert und einem

Vereinswesen untergeordnet. In diesen Kleingärten, auch Schrebergärten genannt, ist nun in Wien zum Teil ganzjähriges Wohnen erlaubt, was dazu führte, dass viele GärtnerInnen ein kleines Haus mitten in der Stadt besitzen. Schrebergärten sind ein exklusiver Raum, der es der restlichen Stadtbevölkerung nicht ermöglicht zu gärtnern. Im Gegensatz dazu richten sich Selbsterntefelder und Gemeinschaftsgärten an alle StadtbewohnerInnen und bieten die Möglichkeit zum Gärtnern. Die Nachfrage an eben diesen Selbsterntefeldern und an kommerziellen Bio-Kisten steigt und der Zulauf zu den Gemeinschaftsgartenprojekten ist groß. Die Politik hat dies erkannt und setzt nun mit der Förderung von Gemeinschaftsgärten diese Entwicklung fort.

Der Zugang zu Gemeinschaftsgärten steht allen WienerInnen offen. Die Beete werden verlost, gemeinschaftlich organisiert und gepflegt. Die Stadt Wien hat damit eine parallel laufende Gartenkultur ermöglicht: Auf der einen Seite steht eine streng nach dem Vereinsrecht organisierte, historisch gewachsene und überaus exklusive Gartenkultur, auf der anderen Seite eine offene, zwar von der Politik geförderte, aber auf BürgerInnenbeteiligung aufgebaute Gartengemeinschaft. Diese Entwicklung zeigt, dass sich im Verständnis der Politik etwas verändert hat.

Die Wiener Bevölkerung ist durch die stadt eigene Landwirtschaft und das Wiener Umland gut versorgt. Trotz dieses guten Angebotes und der auch für Notsituationen ausgestatteten Versorgungslage vermissen WienerInnen offenbar den Zugang zu Gärten. Seit der Formation der rot-grünen Koalition in Wien sind durch die Förderung von Gemeinschaftsgärten durch die Stadt 20 bis 25 neue Gärten entstanden. Als Beispielgarten wird in dieser Arbeit der Gemeinschaftsgarten Arendbergpark angeführt. Die Grüne Bezirksrätin Ulrike Pilgram hat die Initiative in ihrem Bezirk (Landstraße) angeführt und gemeinsam mit ihren FraktionskollegInnen und in Zusammenarbeit mit der Bezirks-SPÖ dieses Projekt umgesetzt. Durch ihre Schilderungen lässt sich gut erkennen, welche Mechanismen auf Bezirksebene tätig sind. Die PolitikerInnen im Bezirk, so auch Vizebürgermeisterin Vassilakou im Interview, mussten überzeugt werden. Pilgram beschreibt es als Prozess, der damit anfang, zu erklären was ein Gemeinschaftsgarten überhaupt ist. Für Vassilakou hängt die benötigte Überzeugungsarbeit mit Abgabe von Kontrolle über den eigenen Bezirk

zusammen. Manchen BezirksvorsteherInnen fällt es offenbar schwer, einen – wenn auch kleinen – Teil des Bezirkes BürgerInnen zur Eigenverantwortung zu übergeben.

Die Verlosung der Beete ist im Gegensatz zu den Kleingärten ein demokratischer Prozess, die Kosten werden zum Teil vom Bezirk getragen. Dennoch sind auch Gemeinschaftsgärten ein Privilegium einer limitierten Zahl von AnrainerInnen, das sehen alle drei PolitikerInnen. Darüber gab es auch interne Diskussionen. Bei den Interviews wurde das Thema der Privatisierung von öffentlichem Raum kritisch angesprochen: Damit ist gemeint, dass durch das Einzäunen der Beete die breite Öffentlichkeit ausgesperrt ist. Dennoch sehen alle drei InterviewpartnerInnen Gemeinschaftsgärten als Konzept zur BürgerInnenbeteiligung.

Wie im Interview mit Pilgram, aber auch mit Maresch zu erkennen ist, gingen und gehen die Initiativen von Grünen PolitikerInnen aus. Die Förderung der Gärten hing anfangs stark von den Verhandlungen Mareschs ab. Später wurden die Projekte, so lässt sich aus dem Interview mit Pilgram schließen, von einzelnen BezirkspolitikerInnen vorangetrieben, und zwar aus vielerlei Gründen: Sie reichen von stadtplanerischen Interessen über Beiträge zum Umweltschutz bis hin zur Forcierung von BürgerInnenbeteiligung. Für Vassilakou sind die Faktoren BürgerInnenbeteiligung und die positiven Auswirkungen auf die Lebensqualität ausschlaggebend. Zentral war für ihre Überlegungen ein Gegenwirken zur Stadtflucht junger Familien. Für Maresch waren vor allem Umweltschutz und Naherholung wichtig, darüber hinaus nennt er die positive Auswirkung einer Re-Demokratisierung. Durch das Einbinden von AnrainerInnen in Entscheidungen über ihre nächste Umgebung wird das Gefühl vermittelt, dass Stadt ein Lebensraum ist, in dem jeder/jede partizipieren kann. Dadurch wird Verantwortungsgefühl und Teilhabe geweckt. Ein Faktor, der für viele StadtbewohnerInnen durchaus neu sein dürfte.

Alle drei InterviewpartnerInnen bestätigten den Verdacht, dass die Wiener Situation zur Zeit eine *top-down*-Bewegung sei. Sie geben den Anschein, dass dies eine logische Konsequenz war, da eine *bottom-up*-Bewegung in Wien nicht zu erwarten war. Die drei PolitikerInnen wollen bewusst BürgerInnen dazu

bringen, in weiterer Folge aktiv zu werden und sich in die Entwicklung ihrer Stadt einzubringen. Der Verdacht liegt nahe, dass der *top-down*-Ansatz als Bevormundung empfunden werden könnte. Da aber die Beteiligung an einem Gartenprojekt mehr als freiwillig ist und die Umsetzung in weiterer Folge einem Verein der GärtnerInnen übertragen wird, kann davon ausgegangen werden, dass das Konzept der Re-Demokratisierung, wie es Maresch nennt, durchaus angenommen wird. Das heißt, die Vermutung liegt nahe, dass die Strategie der BürgerInnenbeteiligung von Vassilakou und Maresch aufgehen wird.

Ein weiterer Aspekt ist die Frage nach der Klientelbedienung. Pilgram schildert, dass vor allem eine junge AkademikerInnenschicht Interesse an den Gemeinschaftsgärten hat. Die Wahlanalyse vom Institut für Strategieanalyse (ISA) gemeinsam mit dem Sora-Institut zu den Wiener Wahlen 2010 hat ergeben, dass vor allem Selbstständige und WienerInnen unter 30 die Grünen gewählt haben (ISA/Sora 2010), und eine Korrelation mit den nun gärtnernden WienerInnen liegt nahe. Für Vassilakou und Maresch ist die Förderung dennoch keine Klientelbedienung. Dies ist vor allem aus den von ihnen genannten Strategiepunkten zu erkennen, mit denen sie ihre Motivation beschreiben. Weiters wurde eine Intention der Klientelbedienung von beiden nicht bestätigt: Allerdings ist von BerufspolitikerInnen nicht zu erwarten, dass sie dieses Ansinnen offen legen.

Der Ausblick, den Vassilakou und Maresch geben, ist durchaus positiv. Sie gehen davon aus, dass Schaugrün in Zukunft zu Nutzgrün umgestaltet wird, dass die Forderung nach urbanen Gärten lauter wird und auch neue Projekte wie Therapiegärten oder CSA-Projekte hinzukommen werden. Gemeinschaftsgärten und Selbsterntefelder sollen laut beiden PolitikerInnen stärker ausgebaut werden. Und solange die Grünen in der Regierung sind, das bestätigt Maresch im Interview, wird es auch eine Förderung für solche Projekte geben. Sie werden demnach ihre Strategie bis zu den nächsten Wahlen 2015 weiter verfolgen.

4. Diskussion

Um Gemeinschaftsgärten richtig einordnen zu können, muss definiert werden, was sie ausmacht. Global betrachtet gibt es viele verschiedene Ausformungen. Jeder Garten ist anders, einzig die Motive der GärtnerInnen sind vergleichbar: Für viele sind Gemeinschaftsgärten eine Alternative zur vorherrschenden industriellen Lebensmittelproduktion und eine Möglichkeit zur Teilhabe am öffentlichen Raum. In Wien sind Gemeinschaftsgärten, wie sie Marit Rosol (Rosol 2006, 7) beschreibt, ebenfalls „gemeinschaftlich und durch freiwilliges Engagement geschaffene und betriebene Gärten“. Diese Gärten bieten für jede/jeden GärtnerIn ein kleines Beet, an dem nach biologischer Anbauweise Gemüse gepflanzt werden kann. Durch Gemeinschaftsbeete und Feste wird die Gemeinschaft der GärtnerInnen gepflegt, gleichzeitig werden aber auch die AnrainerInnen eingebunden. Dadurch entsteht ein lebendiges Umfeld und die Nachbarschaft wird belebt. Als Kernelement dieser Gärten kann die gemeinschaftliche und partizipative Organisation angesehen werden. Somit kommen viele GärtnerInnen zum Teil zum ersten Mal mit der Möglichkeit eines Beteiligungsprozesses in Kontakt. Wichtig ist auch zu erwähnen, dass diese Gärten auf öffentlichem Grund angelegt werden. Zu diesem Punkt gibt es in der Literatur sowie unter den Beteiligten eine rege Diskussion, ob es sich dadurch um eine Privatisierung von öffentlichem Grund handelt. Erklärt wird diese Annahme dadurch, dass eine Fläche, die der Bevölkerung zuvor zur freien Benützung zur Verfügung stand, für den Gemeinschaftsgarten eingezäunt wird und damit alle Nicht-GärtnerInnen ausgegrenzt werden. Diese Behauptung stimmt zum Teil: Wenn man sich aber den Vergabeprozess der Beete ansieht, kommt man zum Schluss, dass die Teilhabe prinzipiell für alle AnrainerInnen offen ist. Durch einen intensiven Informationsprozess im Vorfeld werden alle AnrainerInnen eingeladen, sich einzubringen. Durch die Verlosung der Beete und Wartelisten wird die Vergabe demokratisch organisiert. Eine Privatisierung öffentlichen Raumes fand im Gegensatz dazu bei den Wiener Schrebergärten statt. Wie in Kapitel 3.1. angeführt, stammen diese Flächen aus Landnahmen, die dann Schritt für Schritt exklusiviert wurden und mittlerweile als Wohnraum für einige wenige privilegierte WienerInnen dienen.

4.1. Hintergründe der Entwicklung

Obwohl es in Wien Selbsterntefelder (Kapitel 2.1.4.), stadteigene Landwirtschaft und Weinbau gibt und Wien von landwirtschaftlicher Nutzfläche umgeben ist (Kapitel 3.2.) und dadurch die Versorgung der WienerInnen gewährleistet ist, zieht es die WienerInnen in Gemeinschaftsgärten. Seit der rot-grünen Regierungsbeteiligung sind in Wien ca. 25 Gemeinschaftsgärten entstanden; davor gab es lediglich zwei Versuchsprojekte. Diese Entwicklung führt zu der Frage, wieso in Wien ein regelrechter Boom an Gemeinschaftsgärten ausgebrochen ist.

Zur Beantwortung dieser Frage wurden in der vorliegenden Arbeit verschiedene Aspekte des urbanen Gärtnerns erläutert. Beginnend mit dem ökologischen Faktor: Ökologische Landwirtschaft ist für viele GärtnerInnen ein Hauptargument, sich in einem Gemeinschaftsgartenprojekt zu engagieren. In Zeiten von Lebensmittelskandalen ist das Vertrauen in die konventionelle Lebensmittelproduktion gesunken, die Menschen konsumieren Bio-Lebensmittel und wenden sich zum Beispiel der Slow-Food-Bewegung zu. Dies alles spiegelt ein Bedürfnis nach natürlicher Produktion und Qualitätssicherung wider. Dass der nächste Schritt in diesem Prozess der Wunsch nach selbst angebautem Gemüse ist, ist nur konsequent. Ein weiterer Punkt ist der Umweltschutz. Durch den Klimawandel und öffentliche Diskussionen um Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung werden die Menschen immer aufmerksamer darauf, welche Auswirkungen der jeweilige Lebensmittelkonsum auf die Umwelt hat. Lange Transportwege führen zu einer Rückbesinnung auf lokale Produktion. Auch hier wird als nächster Schritt das Selbergärtnern genannt. Ein weiterer Aspekt ist vor allem im globalen Süden zu erkennen, wurde aber auch in den geführten Interviews genannt: Ernährungssouveränität. In den Städten Afrikas oder in Havanna sichert urbane Lebensmittelproduktion vor allem die Versorgung der eigenen Bevölkerung. Die Wiener Politik strebt zwar keine Autarkie an, aber ein Ausbau der stadteigenen Gemüseproduktion ist durchaus erwünscht (Kapitel 3.4.3.). Ein Problem, welches sich daraus ergeben könnte, ist der fehlende Platz. Es gibt in Wien zwar sehr viel Schaugrün, dennoch ist dieses ungleich auf die Bezirke aufgeteilt. Flächenbezirke haben mehr Grünflächen als der innerstädtische Ballungsraum.

Hier für eine faire Verteilung zu sorgen, wird eine der zentralen Aufgaben der Wiener Politik werden.

Eine ausgewogene Ernährung hat auch vielfach mit dem sozialen Status der Betroffenen zu tun. Je mehr Haushaltseinkommen für Lebensmittel ausgegeben wird, desto gesünder sind diese. Das heißt im Umkehrschluß: Je mehr die Stadtbevölkerung von Armut geprägt ist, desto mehr sind Gemeinschaftsgärten zur Lebensmittelversorgung geeignet. Gemeinschaftsgarten-Initiatoren in New York haben sich zum Beispiel zur Aufgabe gemacht, benachteiligte Gegenden in lebenswerte Stadtteile zu verwandeln. Die GärtnerInnen sind demnach Menschen, die an der unteren Einkommensgrenze leben und sich ihren Speiseplan durch die Gemeinschaftsgärten verbessern können. In New York ist dies mit Sicherheit ein Nebeneffekt, aber am angeführten Beispiel der Gemeinschaftsgärten in Flint (Kapitel 2.2.4.) lässt sich erkennen, dass der Anbau von Gemüse in der Nachbarschaft Auswirkungen auf die Gesundheit der GärtnerInnen und ihrer Familien hat. Dass sich in Wien zur Zeit – so sieht es zumindest Pilgram – eher AkademikerInnen an Gemeinschaftsgartenprojekten beteiligen (Kapitel 3.3.2.), lässt die Schlussfolgerung zu, dass es sich hierbei eher um einen Trend der gebildeten Mittelschicht als um eine Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten handelt. Angesprochen auf diesen Zustand spricht Vassilakou die allgemeine Situation junger gut gebildeter WienerInnen an. Im Gegensatz zur älteren Generation haben sie kein Haus am Land oder einen bereits geerbten Schrebergarten; dennoch haben sie den Wunsch nach einem Stück Freiraum. Diesen bekommen sie in Form von einem Gemeinschaftsgartenbeet nun erfüllt. Die sozial schwächere Schicht und zum Teil MigrantInnen schließen sich, so Vassilakou (Kapitel 3.4.3.), dieser Bewegung nicht an, da sie keinen Zugang zum Entstehungsprozess finden oder sich in der Gartensaison in den Herkunftsländern befinden. Vassilakou geht zwar davon aus, dass sich dies mit der Zeit verändern wird und dass die GärtnerInnen aus einem immer breiteren gesellschaftlichen Umfeld kommen werden, dennoch muss hier auf politischer Seite noch einiges passieren. Gemeinschaftsgärten als Integrationsprojekte bestehen und funktionieren in anderen Städten durchaus; sie werden gefördert und als Integrationsprojekte kommuniziert (Kapitel 2.4.).

Neben all diesen gesellschaftspolitischen Gründen spielt aber auf Seiten der Politik der stadtplanerische Aspekt eine weitere wichtige Rolle. Eine der zentralen Aufgaben erfolgreicher Stadtpolitik ist die Schaffung eines ausgeglichenen Budgets. Dazu gehört neben Steuereinnahmen und Ausgaben in Verwaltung und Infrastruktur auch die erfolgreiche Teilnahme an einem internationalen Standortwettbewerb. Nur eine attraktive Stadt, die UnternehmerInnen und Betriebe ansiedelt, profitiert auch von ihnen; es werden Arbeitsplätze geschaffen und der Wohlstand erhöht. Diese Mechanismen spielen sich auf einem globalen Markt ab, was dazu führt, dass sich Städte intensiv um eine Attraktivierung bemühen. In Wien funktioniert dies gut, wird die Stadt doch regelmäßig vom internationalen Beratungsunternehmen Mercer¹⁰ zur lebenswertesten Stadt gekürt. Wichtig anzumerken ist allerdings, dass es sich dabei um eine Studie unter Managern handelt, und die Lebensumstände der mittleren und unteren Schicht nicht berücksichtigt werden. Dennoch ist Stadtpolitik immer mehr von neoliberalen Kriterien geleitet (Kapitel 2.2.5.), die Stadt wird zum Unternehmen. Verwaltungsaufgaben werden an private AkteurInnen übertragen, Public-Private-Partnerships werden gefördert und die Politik arbeitet eng mit den ansässigen Unternehmen zusammen. Ein Merkmal einer solchen unternehmerischen Stadt ist neben der Privatisierung (Wohnraum, öffentliche Verkehrsmittel, etc.) unter anderem die Festivalisierung; hier vor allem groß aufgezogene und medial gut bediente Ereignisse, um die Stadt nach außen zu repräsentieren. Dabei geht es weniger um eine Erhöhung der Lebensqualität für die BewohnerInnen, sondern vielmehr um die Vermittlung eines gewissen Bildes nach außen. Für Vassilakou gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Aspekt der unternehmerischen Stadt und den Gemeinschaftsgärten: die Stadt gewinnt an Attraktivität für die BewohnerInnen, aber auch für den Tourismus; zusätzlich dazu könnte Wien als Vorzeigestadt eine internationale Community anziehen.

Gemeinschaftsgärten sind für die Stadtplanung ein interessantes Feld. Sei es die Schaffung einer sicheren Nachbarschaft oder die Begrünung der Stadt; es spielen viele verschiedene stadtplanerische Aspekte hinein. Vor allem die Möglichkeit einer urbanen Lebensmittelversorgung bietet enorme

¹⁰ Mercer's 2012 Quality of Living Ranking online: www.mercer.com/qualityofliving

stadtplanerische Möglichkeiten. Eine Rückkehr der Lebensmittelproduktion in den urbanen Raum findet in Wien bereits statt. Nicht nur die stadtteigene Landwirtschaft, sondern auch die Selbsterntefelder innerhalb der Stadtgrenzen spiegeln diese Entwicklung wieder. Vassilakou und Maresch denken hier neuartige Möglichkeiten wie vertikale Landwirtschaft (Kapitel 3.4.3.) und CSA-Projekte (Kapitel 3.4.5.) an. Projekte wie das der „essbaren“ deutschen Stadt Andernach¹¹ sind Vorzeigeprojekte, die auch in Wien umgesetzt werden könnten. Andernach hat seine öffentlichen Parkanlagen in Gemüsegärten verwandelt. Entstanden sind begehbare Gartenflächen, auf denen statt Zierblumen Gemüse angepflanzt und der Bevölkerung zur freien Entnahme angeboten wird. In weiteren Beispielen von internationalen Städten wird gezeigt, welche Auswirkungen urbanes Gärtnern haben kann und welchen Stellenwert es einnimmt (Kapitel 2.3.). Global gesehen werden Gemeinschaftsgärten dazu eingesetzt um mit den vielfältigen urbanen Belastungen der BewohnerInnen umzugehen. Sei es Lebensmittelknappheit, Armut oder heruntergekommene Stadtteile, scheinbar hilft urbanes Gärtnern bei vielen Problemen. Die jeweilige Situation spiegelt oft auch die fehlende politische Verantwortung wider, wenn sich Menschen in Notsituationen illegal Flächen aneignen, wie am Beispiel Afrika gezeigt. In Havanna forderte die Politik die BewohnerInnen zum Gärtnern auf, auch aus Gründen der Versorgungsknappheit. Wien kämpft nicht mit solchen Problemen, hier gärtner eine gut verdienende Mittelschicht, der es vielfach um politische Partizipation geht. Dennoch ist es wichtig, die positiven Auswirkungen in anderen Städten als Antriebskraft für Wien zu verstehen.

4.2. Beantwortung der Forschungsfrage

Resümierend lässt sich in Bezug auf meine Forschungsfrage – **Welche Strategie verfolgen die Wiener Grünen als Teil der Wiener Stadtregierung mit der Förderung von Gemeinschaftsgärten?** – sagen, dass die Strategie der Wiener Grünen eine durchaus umfangreiche ist. Durch die Interviews hat sich folgendes Bild ergeben: (i) die befragten Beteiligten haben unterschiedliche Strategien verfolgt, (ii) diese Strategien sind bei den Grünen Wien vor allem ökologischen Ursprungs und (iii) sie richten sich in erster Linie nicht auf Machterhalt der politischen AkteurInnen, sondern auf eine nachhaltige

¹¹ weitere Info: www.andernach.de

Stadtpolitik. Das Ziel der Gemeinschaftsgartenförderung in Wien ist klar die Verbreitung von urbanen Gärten in der ganzen Stadt. Für Vassilakou (Kapitel 3.4.3.) ist dies entscheidend, denn, so wie sie sagt, gilt es die Landflucht von jungen Familien „zu bekämpfen“, und nur durch die Schaffung von ausreichend Nutz- und Erholungsgrün sei dies machbar. Auch für Maresch (Kapitel 3.4.2.) ist dies ein ausschlaggebender Punkt: Naherholung in der Stadt zu schaffen senkt den Autoverkehr ins Umland. Ein weiteres Ziel, welches beide angesprochen haben, ist die Beziehung der GärtnerInnen zur Stadt und eine daraus folgende BürgerInnenbeteiligung. Die GärtnerInnen lernen ihre Nachbarschaft kennen und kommen mit den Menschen in ihrer Umgebung in Kontakt. Das Sozialleben wird verbessert, die Verantwortung für den eigenen Umgang mit der Stadt wächst. Maresch bezeichnet dies als „Re-Demokratisierung“ (Kapitel 3.4.2.) und meint damit auch den Umstand, dass Menschen, die sich für ein Gemeinschaftsgartenprojekt interessieren, Eigeninitiative zeigen müssen und so den öffentlichen Raum neu erfahren. Eine gezielte Klientelbedienung und in weiterer Folge der Machterhalt und die Absicherung zur Wiederwahl verneinen beide, obwohl sie diesen Aspekt als durchaus realistisch betrachten. Um diese Strategieziele zu erreichen, hat sich vor allem Maresch dafür eingesetzt, dass im Regierungsübereinkommen explizit gefordert wird, Gemeinschaftsgärten in jedem Bezirk zu fördern, inklusive finanziellem Beitrag der Stadt. Weiters stellt die Stadt Wien mit den zuständigen Magistratsabteilungen ihre Unterstützung für die GärtnerInnen zur Verfügung. Die politische Arena, in der sich diese durch die Wiener Grünen initiierten Konzepte konkretisieren, wurde zwar schon vor der Regierungsbeteiligung erbaut, aber erst im Koalitionsvertrag 2010 zementiert. Durch die Vernetzung der Ressorts auf Stadtebene mit den lokalen stadtnahen Organisationen, BezirksrätInnen und gemeinnützigen Vereinen wurde die Umsetzung erleichtert. Die Stadtregierung greift auf diese Institutionen zurück und bindet sie somit in das Erreichen des Strategieziels ein. Strategische Kalkulationen, das heißt „erfolgsorientierte Vorteilsberechnungen“ (Raschke/Tils 2013, 131), hat es im Kostenbezug gegeben. So war für Vassilakou und Maresch klar, dass der Koalitionspartner SPÖ der Förderung nur zustimmt, wenn sie nicht zu viel kostet. Folglich war es wichtig, die Kosten in einem gewissen Rahmen zu halten und die Förderung auf einen Gemeinschaftsgarten pro Bezirk zu begrenzen. Da nun erkannt wird, dass das Projekt auf gute Resonanz stößt und mit wenig Ressourcen ein großer Effekt

erzielt wird, ist eine Förderung für mehr als einen Gemeinschaftsgarten möglich.

Die in Kapitel 2.5. aufgeworfene Frage, ob Gemeinschaftsgärten in Wien „nur“ ein Trend sind oder ob die GärtnerInnen und PolitikerInnen andere Beweggründe haben, kann in der vorliegenden Arbeit nur mit Bezug auf die der PolitikerInnen beantwortet werden. Es geht ihnen zusammenfassend um die Schaffung von ausreichend Nutz- und Erholungsgrün und eine verbesserte BürgerInnenbeteiligung. Es wurde eine parallel laufende Gartenkultur geschaffen, die abseits der bestehenden Schrebergärten einen Platz in der Stadt findet. Diese Gärten sind dennoch ein Privilegium einiger weniger, aber die Politik, zumindest die befragten SpitzenpolitikerInnen, streben einen Ausbau des Gemeinschaftsgartenprojektes an. Den PolitikerInnen war die BürgerInnenbeteiligung und die positive Auswirkung auf die Lebensqualität vorrangig. Sie wollen der Stadtflucht entgegenwirken und eine Re-Demokratisierung anregen. Die Interviews geben den Anschein, dass den PolitikerInnen der Trend zur rechten Zeit kam, um damit ihr Politikverständnis und ihre Strategieziele rascher umsetzen zu können.

4.2.1. *Top-Down* statt *Bottom-Up*

Bis auf Havanna haben alle in Kapitel 2.3. angeführten internationalen Gärten eines gemeinsam, sie sind *bottom-up*-Bewegungen: Menschen haben Eigeninitiative ergriffen und sich Brachflächen oder andere Grünstreifen angeeignet. Die WienerInnen haben sich dies nicht getraut, so Vassilakou (Vassilakou Interview 2013), und so musste es zu einer *top-down*-Initiative kommen. Maresch und Vassilakou verstehen dies aber nicht als Bevormundung der Bevölkerung, sondern als Hilfestellung zur BürgerInnenbewegung und als Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Auch Ulrike Pilgram sieht in der derzeitigen Entwicklung eine *top-down*-Bewegung (Kapitel 3.3.1.). Durch ihre Schilderungen lässt sich gut erkennen, dass die einzelnen Initiativen von PolitikerInnen ausgehen und erst in weiterer Folge von einem Partizipationsprojekt gesprochen werden kann.

Anhand der Interviews lässt sich die in der Einleitung geäußerte Vermutung, dass es sich in Wien um eine *top-down*-Bewegung handelt, also bestätigen. Die

drei PolitikerInnen geben den Eindruck, dass es eine logische Konsequenz war, da eine *bottom-up*-Bewegung in Wien nicht zu erwarten war. Diese Entwicklung hat durchaus Positives vorangebracht: 25 Gemeinschaftsgärten sind innerhalb von zwei Jahren entstanden, dies entspricht einem rasanten Zugewinn; die Förderung führte zu einem umfangreichen BürgerInnenbeteiligungsprozess, da viele GärtnerInnen zum ersten Mal mit Partizipation in Berührung kamen; und es führte dazu, dass die Stadt anders wahrgenommen wird – nicht nur die Wahrnehmung der Behörden, die an der Umsetzung maßgeblich beteiligt sind, sondern auch die Identifikation der einzelnen GärtnerInnen mit ihrer Umgebung wurde verbessert. Wie und in welchem Ausmaß dies geschieht, wäre durchaus eine weitere Untersuchung wert.

Zusammenfassend ging die Strategie der Grünen Wien auf. Ob daraus in weiterer Folge auch eine *bottom-up*-Bewegung entstehen kann, ist fraglich. Vielmehr ist zu vermuten, dass sich die WienerInnen an den „Luxus“ der Unterstützung und Förderung der Stadt gewöhnen und weitere von „oben“ geplante Projekte erwarten. Dies macht aber für eine Ökologisierung und eine nachhaltige Stadtplanung wenig Unterschied; wichtiger ist vielmehr, dass es überhaupt zu solchen Projekten kommt.

4.3. Weitere Entwicklung

Die derzeitige Entwicklung in Wien ist auf einem guten Weg. Dennoch müssen Diskussionen um die „Privatisierung öffentlichen Raums“ und damit die drohende Exklusivität der Gemeinschaftsgärten im Auge behalten werden. Eine Neidproblematik ist noch nicht zu erkennen, zumindest berichten dies die drei InterviewpartnerInnen. Nichts desto weniger sollte die Stadtregierung dem Bedürfnis nach Nutzgrün und Erholungsgebieten innerhalb der Stadt mit neuen, innovativen und leicht zugänglichen Alternativen begegnen.

Solch ein Projekt könnte eine ‚essbare Stadt‘ sein, wie sie Maresch im Interview (Maresch Interview 2013) angesprochen hat. Er bezieht sich hierbei ebenfalls auf die deutsche Stadt Andernach, welche ihre öffentlichen Parkanlagen in Gemüsegärten verwandelt hat. Entstanden sind begehbbare Gartenflächen, auf denen statt Zierblumen Gemüse angepflanzt und der Bevölkerung zur freien Entnahme angeboten wird. Auch könnten die angesprochenen CSA-Projekte

(siehe Kapitel 3.4.5.) neue Impulse für die Stadt bringen. Wichtig ist vor allem, der Wiener Bevölkerung eine Möglichkeit zur Eigeninitiative zu geben, damit in Zukunft auch *bottom-up*-Bewegungen eine Chance haben. Dazu muss sich natürlich die Wiener Stadtregierung von der Kontrolle über alle Politikbereiche befreien. Diese Kontrolle beruht auf einer langen Tradition, das gibt auch Vassilakou (Vassilakou, Kapitel 3.4.2.) zu bedenken, aber sie weiche Schritt für Schritt auf.

Weiterentwicklungen im urbanen Gartenbereich wird es in Wien fraglos geben. Die derzeitige Stadtregierung versucht bereits, Impulse zu setzen. Für Maresch und Vassilakou steht fest, dass Schaugrün zu Nutzgrün wird und dass Gemeinschaftsgartenprojekte stärker ausgebaut werden sollen. Wünschenswert wäre diesbezüglich eine Vernetzung mit der wissenschaftlichen Community. Gemeinschaftsgärten bieten eine Vielzahl an Anwendungsmöglichkeiten, seien es Therapiegärten, Integrationsprojekte, Sozialprojekte oder Gärten für Kinder. Wenn im Jahr 2050 über 2 Millionen Menschen in Wien leben werden (Statistik Austria 2012), muss die Stadt nicht nur mehr Wohnraum sondern auch mehr Grünraum zur Verfügung stellen. Möglich wäre durchaus, die (internationale) Fachwelt auf den Wiener Weg aufmerksam zu machen um hier weitere Impulse zu holen.

4.4. Schlussbemerkungen

Diese Masterarbeit soll als Diskussionspapier dienen. Es soll veranschaulicht werden, wie die Entwicklungen in Wien voran gehen, welche Mechanismen wirken und welche Unterschiede zu anderen Städten bestehen. Die Strategie der seit 2010 mitregierenden Grünen Partei ist hier ausschlaggebend, da erst seit diesem Zeitpunkt ein Anstieg der Gemeinschaftsgärten zu verzeichnen ist. Dies hängt vor allem mit der finanziellen Unterstützung dieser Gärten seitens der Stadt zusammen. Die Wiener Grünen haben unter der Initiative von Rüdiger Maresch diese Förderung bereits bei den Koalitionsverhandlungen auf die Tagesordnung gesetzt. Maresch, seinen KollegInnen und der Bereitschaft des Koalitionspartners SPÖ ist es zu verdanken, dass seit 2010 ca. 25 Gemeinschaftsgärten entstanden sind. Wie in dieser Arbeit dargelegt, handelte es sich in erster Linie nicht um Klientelbedienung. De facto sprachen Vassilakou und Maresch dezidiert davon, dass Klientelbedienung keine Rolle

spielten. Dennoch ist die derzeitige Entwicklung vor allem der Grün-Wählerschaft nützlich, bestehen die GärtnerInnen doch hauptsächlich aus jungen, überdurchschnittlich gebildeten Menschen, also der Kernwählerschaft der Grünen.

Die Strategie der Grünen ist eindeutig von Umweltschutz, nachhaltiger Stadtplanung und BürgerInnenbeteiligung gekennzeichnet. Eine Klientelbedienung ist mehr oder minder durch Zufall entstanden, da das Angebot zum Großteil von der Kernwählerschaft angenommen wurde. Ob sich dies, so wie Vassilakou vermutet, jemals ändern wird, muss bezweifelt werden. Um dem Ausschluss einzelner Gesellschaftsschichten gegenzuwirken und um zu verhindern, dass einzelne GärtnerInnen „ihre“ Beete als ihr privates Eigentum ansehen und damit Gemeinschaftsgärten nicht den gleichen Weg gehen wie die Schrebergärten, müssen Gegenmaßnahmen gesetzt werden. Im Gegensatz zu den exklusiven Schrebergärten müssen Gemeinschaftsgärten offen und durch BürgerInnenbeteiligung gekennzeichnet sein. So ist es überaus wichtig, dass bereits bei der Vergabe eine Rotation mit Menschen auf den Wartelisten fixiert wird und dass in regelmäßigen Abständen versucht wird, andere BezirksbewohnerInnen durch Informationsveranstaltungen zu erreichen. Gemeinschaftsgärten funktionieren, wie der Name schon sagt, in der Gemeinschaft der GärtnerInnen, es soll aber kein privater und überaus privilegierter Verein werden.

5. Bibliographie

5.1. Bibliographie

- Adamah (2013). Homepage, online: <http://www.adamah.at/> (22.01.2013).
- Alaimo, Kathrine/Packnett, Elizabeth/Miles, Richard A/Kruger, Daniel J. (2008). Fruit and Vegetable Intake among Urban Community Gardeners, in: *Journal of Nutrition Education and Behavior*, 40/2, 94-101.
- Attac (2011). Ernährungssouveränität. Positionspapier, Wien, online: http://www.attac.at/uploads/media/Ernaehrungssouveraenitaet_01.pdf (10.01.2013).
- Becker, Joachim/Novy, Andreas (1999). Chancen und Grenzen alternativer Kommunalpolitik in Wien – ein historischer Überblick, Wien, online: <http://epub.wu.ac.at/500/1/document.pdf> (10.01.2013).
- Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2005a). Expertenwissen und Forschungspraxis: die modernisierungstheoretische und methodische Debatte um die Experten. Zur Einführung in ein unübersichtliches Problemfeld, in: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hg): *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, Wiesbaden, 7-30.
- Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2005b). Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktionen, in: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hg): *Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung*, Wiesbaden, 33-70.
- Borgstedt, Silke (2011). Das Paradies vor der Haustür: Die Ursprünge einer Sehnsucht aus der Perspektive soziokultureller Trendforschung, in: Müller, Christa (Hg): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*, München, 118-125.
- Brenner/Neil, Theodore/Nik (2002): Cities and the Geographies of „Actually Existing Neoliberalism“, in: *Antipode*, 34(3), 349-379.
- Buckingham, Susan (2005). Women (re)construct the plot: the regen(d)eration of urban food growing, in: *Area*, 37.2, 171-179.
- Campbell, Colin (2006-2008). About Peak Oil. Understanding Peak Oil, online: <http://www.peakoil.net/about-peak-oil> (23.01.2013).
- Cendes, Peter (1990). *Geschichte Wiens*, Wien.

- Dachs/Herbert (2006). Grünalternative Partei, in: Dachs/Herbert, Gerlich/Peter, Gottweis/Herbert, Kramer/Helmut, Lauber/Volkmar, Müller/Wolfgang C., Tálos/Emmerich (Hg): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien, 389-401.
- Dams, Carmen (2011). Gärten gehören zur Stadt! Zur städtebaulichen Relevanz der urbanen Landwirtschaft, in: Müller, Christa (Hg): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München, 160-172.
- FAO (2012). Welternährungsbericht 2012. *State of Food Insecurity in the World. Executive Summary*, Rome, online: <http://www.fao.org/docrep/016/i2845e/i2845e00.pdf> (10.01.2013).
- Felber, Christian (2006). 50 Vorschläge für eine gerechte Welt. Gegen Konzernmacht und Kapitalismus, Wien.
- Flick, Uwe (1995). Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften, Hamburg.
- Gartenpolylog (2013a). Was sind Gemeinschaftsgärten, online: <http://www.gartenpolylog.org/de/1/was-sind-gemeinschaftsgaerten> (12.01.2013).
- Gartenpolylog (2013b). Angebote des Vereins Gartenpolylog, online: <http://www.gartenpolylog.org/de/1/angebote-des-vereins-gartenpolylog>
- Gebietsbetreuung*2/20 (2012). "Garten Löwenzahn". Gemeinsam gärtnern in der Brigittenau, online: <http://www.gbstern.at/projekte/freiraum/garten-loewenzahn/> (20.12.2012).
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2006). Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen, Wiesbaden.
- Grüne Graz (2013). Die Grünen, online: <http://www.graz.gruene.at/die-gruenen/> (25.02.2013).
- Grüne Wien (2013). Da geht was weiter! Grüne Regierungsarbeit in Wien, online: <http://wien.gruene.at/regieren> (25.02.2013).
- Grünsteidel, Irmtraud (2000). Community Gardens. Grüne Oasen in den Ghettos von New York, in: : Holl, Anne/Meyer-Renschhausen, Elisabeth (Hg): Die Wiederkehr der Gärten. Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung, Innsbruck, 125-139.
- Heeg/Susanne, Rosol/Marit (2007). Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick, in: Prokala – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 149/4, 491-509.

- Heinberg, Richard (2007). Peak Everything. Waking Up to the Century of Declines, Gabriola Island, Canada.
- Heinrich-Böll-Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz/Le Monde diplomatique (2013). Fleischatlas. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel, online:
http://www.bund.net/themen_und_projekte/landwirtschaft/lebensmittelpolitik/fleischatlas/ (18.01.2013).
- Held, Martin (2011). Peak Oil und die Krise der Böden – urbane Nutzgärten und ihr Beitrag zu einer postfossilen Gesellschaft, in: Müller, Christa (Hg): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München, 292-304.
- Holl, Anne/Meyer-Renschhausen, Elisabeth (2000). Die Wiederkehr der Gärten – Eine Einführung, in: Holl, Anne/Meyer-Renschhausen, Elisabeth (Hg): Die Wiederkehr der Gärten. Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung, Innsbruck, 9-20.
- Holl, Anne (2000). Die neuen Gemüsegärten von Havanna. Staatlich verordnete soziale Bewegung zwecks Planerfüllung?, in: Holl, Anne/Meyer-Renschhausen, Elisabeth (Hg): Die Wiederkehr der Gärten. Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung, Innsbruck, 104-121.
- Hovorka, Alice J. (2001). Gender and Urban Agriculture: Emerging Trends and Areas for Future Research, online:
http://www.ruaf.org/sites/default/files/Gender_and_Urban_Agriculture.pdf
 (17.01.2013).
- Keller, Reiner (2007). Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Wiesbaden.
- Koppe, Fritz (2000). Vom Grabeland zum Gartenparadies. Die Geschichte der Kleingärten zwischen Donaukanal und Donaustrom, Wien.
- Krasny, Elke (2012). Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün, in: Krasny, Elke (Hg): Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün, Wien, 10-37.
- Kropp, Cordula (2011). Gärtner(n) ohne Grenzen: Eine neue Politik des „Sowohl-als-auch“ urbaner Gärten?, in: Müller, Christa (Hg): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München, 76-87.
- Landwirtschaftskammer Niederösterreich (2012). Daten und Zahlen, online:
<http://www.lk-noe.at/?+Daten+++Zahlen+&id=2500%2C%2C1295049%2C>
 (22.01.2013).
- Lemke, Harald (2009). Living in the Veggies: Urban Agriculture as Global Renaturalization of City Life, in: Haarmann, Anke/Lemke, Harald (Hg):

Culture – Nature. Art and Philosophy in the Context of Urban Development, Berlin, 109-123.

Liz Christy Garden (2007). Garden History, online:
<http://www.lizchristygarden.us/> (04.01.2013).

Madlener, Nadja (2008). Grüne Lernorte – Gemeinschaftsgärten in Berlin, Dissertation, Wien.

Magistrat der Stadt Wien 23 (2013). Regionalwahlen - Wiener Wahlergebnisse, online:
<http://www.wien.gv.at/statistik/wahlen/regional/index.html> (24.02.2013).

Magistrat der Stadt Wien 42 (2013). Die Wiener Stadtgärten MA42, online:
<http://www.wien.gv.at/umwelt/parks/stadtgaerten.html> (25.01.2013).

Magistrat der Stadt Wien 49 (2013a). Ökoparzellen der Stadt Wien - Gemüse selber kultivieren und ernten, online:
<http://www.wien.gv.at/umwelt/wald/landwirtschaftsbetrieb/parzellen.html> (12.01.2013)

Magistrat der Stadt Wien 49 (2013b). Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien, online:
<http://www.wien.gv.at/umwelt/wald/landwirtschaftsbetrieb/> (15.01.2013).

Magistrat der Stadt Wien 49 (2013c). Weingut Wien Cobenzl, online:
<http://www.wien.gv.at/umwelt/wald/landwirtschaftsbetrieb/wein.html> (15.01.2013).

Magistrat der Stadt Wien 49 (2013d). Bio-Zentrum Lobau, online:
<http://www.wien.gv.at/umwelt/wald/landwirtschaftsbetrieb/biolandbau.html> (15.01.2013).

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (1991). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion, in: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus (Hg): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen, Opladen, 441-471.

Meyer-Renschhausen (2011). Von Pflanzerkolonien zum nomadisierenden Junggemüse. Zur Geschichte des Community Gardening in Berlin, in: Müller, Christa (Hg): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München, 319-332.

Müller, Christa (2001). Woman in the International Gardens: How Subsistence Production Leads to New Forms of Intercultural Communication, in: Farclas, Nicholas G./von Werlhof, Claudia (Hg): There is an Alternative: Subsistence and Worldwide Resistance to Corporate Globalization, London/New York, 189-202.

- Müller, Christa (2010). Raum schaffen für urbane Gärten. Die Neue Gartenbewegung und die kommunale Politik, in: Alternative Kommunalpolitik, 2/2010, 60-62.
- Müller, Christa (2011). Urban Gardening. Grüne Signaturen neuer urbaner Zivilisation, in: Müller, Christa (Hg): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München, 22-53.
- Mullis, Daniel (2011). Die Stadt im Neoliberalismus. Von der Produktion einer Ideologie zur Perspektive dagegen, in: Holm/Andrej, Lederer/Klaus, Naumann/Matthias (Hg): Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin, Münster, 14-33.
- Morus, Thomas (1992). Utopia, Frankfurt am Main/Leipzig.
- Paech, Björn/Paech, Niko (2011). Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität, in: oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hg): Post-Oil City. Die Stadt von morgen, München, 54-60.
- Paech, Niko (2011). Perspektiven einer Postwachstumsökonomie: Fremdversorgung oder urbane Subsistenz?, in: Müller, Christa (Hg): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München, 88-103.
- Peck/Jamie, Tickell, Adam (2002). Neoliberalizing Space, in: Antipode, 34(3), 380-404.
- Pfadenhauer, Michaela (2005). Auf gleicher Augenhöhe reden. Das Experteninterview – ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte, in: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hg): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung, Wiesbaden, 113-130.
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf (2013). Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden.
- Regierungsübereinkommen (2010). Gemeinsame Wege für Wien. Das rot-grüne Regierungsübereinkommen, Wien, online:
<http://wien.gruene.at/2010/11/12/koalitionspapier> (08.12.2010).
- Reuther, Sue/Dewar, Neil (2006). Competition for the use of public open space in low-income urban areas: the economic potential of urban gardening in Khayelitsha, Cape Town, in: Development Southern Africa, 23/1, 97-122.
- Rosol, Marit (2006). Gemeinschaftsgärten in Berlin. Eine qualitative Untersuchung zu Potenzialen und Risiken bürgerschaftlichen Engagements im Grünflächenbereich vor dem Hintergrund des Wandels von Staat und Planung, Berlin.

- Sauer, Birgit (2012). Governance-Forschung. Zur Tauglichkeit eines modischen politikwissenschaftlichen Konzepts, in: Kreisky/Eva, Löffler/Marion, Spitaler/Georg (Hg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft, Wien, 203-214.
- Selbsternte (2013). Homepage, Wien, online: <http://www.selbsternte.at/> (12.01.2013).
- Slow Food Wien (2013). Was ist Slow Food, Wien, online: <http://www.slowfood-wien.at/index.php/component/content/article?id=31> (12.01.2013).
- ISA/Sora (2010). Wahlanalyse Gemeinderatswahl Wien 2010, online: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2010_wahlanalyse-wien_text.pdf (25.02.2013).
- Statistik Austria (2012). Vorausberechnete Bevölkerungsstruktur für Wien 2011-2075 laut Hauptszenario, online: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/027317.html (24.01.2013).
- Stierand, Philipp (2012). Stadtentwicklung mit dem Gartenspaten. Umriss einer Stadternährungsplanung, Dortmund, online: <http://speiseraeume.de/stadternaehrungsplanung/> (18.01.2013).
- Stiftungsinitiative Urbanes Gärtnern in München (2012). Neue grüne Trends in München, online: <http://urbane-gaerten-muenchen.de/> (23.02.2013).
- Streffeler, Friedhelm (2000). Landwirtschaft in der Stadt. Das Beispiel Afrika, in: Holl, Anne/Meyer-Renschhausen, Elisabeth (Hg): Die Wiederkehr der Gärten. Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung, Innsbruck, 64-82.
- Thomas, Frieder (2011). Urbane Gärten und bäuerliche Landwirtschaft, in: Müller, Christa (Hg): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München, 126-137.
- UNFPA (2007). State of world population 2007. Unleashing the Potential of Urban Growth, New York, online: http://www.unfpa.org/webdav/site/global/shared/documents/publications/2007/695_filename_sowp2007_eng.pdf (03.01.2013).
- UN-HABITAT (2012). State of the World's Cities 2012/2013, Nairobi, online: <http://www.unhabitat.org/pmss/listItemDetails.aspx?publicationID=3387> (03.01.2013).
- von der Haide, Ella/Halder, Severin/Jahnke, Julia/Mees, Carolin (2011). Guerilla Gardening und andere politische Gartenbewegungen. Eine globale

Perspektive, in: Müller, Christa (Hg): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München, 266-278.

Werner, Karin (2011). Eigensinnige Beheimatungen. Gemeinschaftsgärten als Ort des Widerstands gegen die neoliberale Ordnung, in: Müller, Christa (Hg): Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt, München, 54-75.

Wiesendahl, Elmar (2010). Rationalitätsgrenzen politischer Strategie, in: Raschke, Joachim/Tils, Ralf (Hg): Strategie in der Politikwissenschaft. Konturen eines neuen Forschungsfelds, 21-44.

Zentralverband der Kleingärtner Österreichs (2013). Wiener Vereine, online: http://www.kleingaertner.at/wir/vereine/ver_wien.htm (05.01.2013).

5.2. Abbildungsverzeichnis

- Seite 19: Abbildung 1: Selbsterntefelder Hirschstetten – Biobauer Radl (© Sabrina Sehr)
- Seite 37: Abbildung 2: Liz Christy Garden, New York City (© Sabrina Sehr)
- Seite: 47: Abbildung 3: Wien Umgebung – Stadt-Land(Wirtschaft)-Grenze (© Google)
- Seite 51: Abbildung 4: Bau der Hochbeete im Gemeinschaftsgarten Arenbergpark (© Ulrike Pilgram)

6. Anhang

6.1. Interviewleitfäden

6.1.1. Ulrike Pilgram 21.01.2013

Vielen Dank, dass Du Dir Zeit für dieses Interview genommen hast. Ich bin Studentin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien und schreibe meine Masterarbeit über Gemeinschaftsgärten in Wien. Hauptaugenmerk lege ich auf die politische Motivation, solche Gärten durch finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Wien zu fördern und weshalb die rot-grüne Regierung sich diesem Projekt sogar im Regierungseinkommen angenommen hat. Deine Expertise brauche ich um festzustellen, wie Gemeinschaftsgärten auf kommunaler Ebene umgesetzt werden und welche Erfahrungen Du damit gemacht hast.

Wenn es Dir Recht ist, würde ich das Interview gerne aufnehmen und es später transkribieren. Ich möchte Dich noch darauf hinweisen, dass ich Dich als Expertin nicht anonymisieren möchte. Wenn dies für Dich nicht in Ordnung ist, bitte ich Dich mir dies mitzuteilen.

Wenn Du während des Interviews Fragen hast, kannst Du diese natürlich jederzeit stellen.

Wann bist du das erste Mal als Bezirksrätin mit Gemeinschaftsgärten in **Kontakt** gekommen?

Hast du selber an der Entstehung mitgearbeitet?

Wie viele Gemeinschaftsgärten gibt es im 3. Bezirk?

Was ist das **Besondere** an diesen Gärten?

Welche Aspekte sind für dich die Wichtigsten? (*Ökologisch, Ökonomisch, Sozial, Gender, Ernährung, Stadtplanung*)

Für was werden die Gemeinschaftsgärten alles genutzt? (*Freizeit, Integration, reine Gartenarbeit...*)

Wie funktioniert die **Umsetzung**?

Welche AnsprechpartnerInnen stehen zur Verfügung?

Welche anderen AkteurInnen gibt es?

Wie läuft die Finanzierung? (*Ansuchen um Finanzierung*)

Wie funktioniert die Beetvergabe?

Wie wird ein passendes Grundstück gefunden?

Was passiert von Seiten der Stadt?

Was passiert von Seiten des Bezirks?

Auf was ist weiter zu achten?

Von wem ging die erste **Initiative** aus? Von den BewohnerInnen, von den Grünen oder den anderen Parteien oder von der Bezirksvertretung aus?

Wie geht die **Bezirksvertretung** mit den Gemeinschaftsgärten um?

Wie kommuniziert sie innerhalb und außerhalb?

Wie läuft die Zusammenarbeit mit der Stadtregierung?

Wie stehen die **anderen Parteien** zu den Gemeinschaftsgärten? Vor allem die SPÖ, aber auch ÖVP und FPÖ.

Jetzt einen **Ausblick** in die Zukunft. Wie denkst du wird die Entwicklung in Wien weitergehen? Wird es noch mehr Gemeinschaftsgärten geben oder wird es wieder weniger werden?

Ich bedanke mich vielmals für das Interview.

Gibt es von Deiner Seite noch Fragen oder Anmerkungen? Wurde etwas nicht angesprochen, was für Dich wichtig zu Erwähnen ist? Hat Dich etwas am Interview gestört?

Zum Schluss möchte ich Dich noch fragen, ob ich mich bei Dir melden kann, falls meinerseits noch Fragen auftreten?

6.1.2. Maria Vassilakou 25.01.2013

Vielen Dank, dass Du Dir Zeit für dieses Interview genommen hast. Ich bin Studentin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien und schreibe meine Masterarbeit über Gemeinschaftsgärten in Wien. Hauptaugenmerk lege ich auf die politische Motivation, solche Gärten durch finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Wien zu fördern und weshalb die rot-grüne Regierung sich diesem Projekt sogar im Regierungseinkommen angenommen hat. Es geht um Deine Expertise und Deine Erfahrung zu diesen Themenbereichen.

Wenn es Dir Recht ist, würde ich das Interview gerne aufnehmen und es später transkribieren. Ich möchte Dich noch darauf hinweisen, dass ich Dich als

Expertin nicht anonymisieren möchte. Wenn dies für Dich nicht in Ordnung ist, bitte ich Dich mir dies mitzuteilen.

Wenn Du wären des Interviews Fragen hast, kannst Du diese natürlich jederzeit stellen.

Welche **Rolle** haben Gemeinschaftsgärten für dich als Wiener Vizebürgermeisterin?

Nun zu Deiner Rolle als Regierungsmitglied in Wien.

Im **Regierungsabkommen** aus dem Jahr 2010 steht, dass Wienweit Gemeinschaftsgärten angelegt werden sollen. Was erhofft sich die rot-grüne Regierung aus solchen Gemeinschaftsgärten?

Für die Kommune?

Für die BewohnerInnen?

Für die Stadtentwicklung?

Für den Umweltschutz?

Welche **Rolle** hatten die Grünen dabei?

Was versprechen sich die Grünen daraus? *Klientelbedienung oder Umweltschutz, Stadtplanung, usw.*

Kannst du abschätzen, welche Rolle Gemeinschaftsgärten für die SPÖ spielen?

Wie stehen die Oppositionsparteien dazu?

Wie waren Deine **Erfahrungen** mit dem Koalitionspartner SPÖ?

Von wem ging die Initiative aus?

Wie hat der Koalitionspartner auf diese Idee reagiert? oder

Wie hast Du auf diese Idee reagiert?

Bist Du mit der **derzeitigen Entwicklung** zufrieden?

Wie viele Gemeinschaftsgärten sind seit 2010 entstanden?

Wo gab und gibt es Probleme?

Welche Bezirke haben noch keine Garten und weshalb gibt es hier Probleme?

In vielen Großstädten wie Berlin und New York geht die **Initiative** von der Bevölkerung aus. Die Gründe dafür sind sehr unterschiedlich. In Wien ist die Situation zurzeit anders. Viele Gärten entstehen durch Initiativen von Seiten der Bezirke bzw. der Stadt. Wie siehst Du diese Entwicklung? Was steckt dahinter?

Top-Down statt Bottom-Up

Die Förderung für Gemeinschaftsgärten gibt es auch heuer wieder. Wird die Stadt Wien auch **weiterhin** diese Gärten finanziell unterstützen?

Gibt es auch Überlegungen, dass mehr als ein Garten pro Bezirk gefördert wird?

Wohin wird der **Trend** zu Gemeinschaftsgärten in Wien noch führen? Wie geht die Entwicklung deiner Meinung nach weiter?

Ich bedanke mich vielmals für das Interview.

Gibt es von Deiner Seite noch Fragen oder Anmerkungen? Wurde etwas nicht angesprochen, was für Dich wichtig zu Erwähnen ist? Hat Dich etwas am Interview gestört?

Zum Schluss möchte ich Dich noch fragen, ob ich mich bei Dir melden kann, falls meinerseits noch Fragen auftreten?

6.1.3. Rüdiger Maresch 30.01.2013

Vielen Dank, dass Du Dir Zeit für dieses Interview genommen hast. Ich bin Studentin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien und schreibe meine Masterarbeit über Gemeinschaftsgärten in Wien. Hauptaugenmerk lege ich auf die politische Motivation, solche Gärten durch finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Wien zu fördern und weshalb die rot-grüne Regierung sich diesem Projekt sogar im Regierungseinkommen angenommen hat. Es geht um Deine Expertise und Deine Erfahrung zu diesen Themenbereichen.

Wenn es Dir Recht ist, würde ich das Interview gerne aufnehmen und es später transkribieren. Ich möchte Dich noch darauf hinweisen, dass ich Dich als Experten nicht anonymisieren möchte. Wenn dies für Dich nicht in Ordnung ist, bitte ich Dich mir dies mitzuteilen.

Wenn Du während des Interviews Fragen hast, kannst Du diese natürlich jederzeit stellen.

Du bist Umweltsprecher der Wiener Grünen und Ausschussvorsitzender im Umweltausschuss der Stadt Wien. Weiters hast du bei der Erarbeitung des Regierungsübereinkommens mitgearbeitet und bist für viele umweltrelevante Punkte im Papier mitverantwortlich. Stimmt dies so?

Welche **Rolle** haben Gemeinschaftsgärten für dich?

Im **Regierungsabkommen** aus dem Jahr 2010 steht, dass Wienweit Gemeinschaftsgärten angelegt werden sollen. Was erhofft sich die rot-grüne Regierung aus solchen Gemeinschaftsgärten?

Für die Kommune?

Für die BewohnerInnen?

Für die Stadtentwicklung?

Für den Umweltschutz?

Welche **Rolle** hatten die Grünen dabei?

Was versprechen sich die Grünen daraus? *Klientelbedienung oder Umweltschutz, Stadtplanung, usw.*

Kannst du abschätzen, welche Rolle Gemeinschaftsgärten für die SPÖ spielen?

Wie stehen die Oppositionsparteien dazu?

Wie waren Deine **Erfahrungen** mit dem Koalitionspartner SPÖ?

Von wem ging die Initiative aus?

Wie hat der Koalitionspartner auf diese Idee reagiert? oder

Wie hast Du auf diese Idee reagiert?

Bist Du mit der **derzeitigen Entwicklung** zufrieden?

Wie viele Gemeinschaftsgärten sind seit 2010 entstanden?

Wo gab und gibt es Probleme?

Welche Bezirke haben noch keine Garten und weshalb gibt es hier Probleme?

In vielen Großstädten wie Berlin und New York geht die **Initiative** von der Bevölkerung aus. Die Gründe dafür sind sehr unterschiedlich. In Wien ist die Situation zurzeit anders. Viele Gärten entstehen durch Initiativen von Seiten der Bezirke bzw. der Stadt. Wie siehst Du diese Entwicklung? Was steckt dahinter?

Top-Down statt Bottom-Up

Die Förderung für Gemeinschaftsgärten gibt es auch heuer wieder. Wird die Stadt Wien auch **weiterhin** diese Gärten finanziell unterstützen?

Gibt es auch Überlegungen, dass mehr als ein Garten pro Bezirk gefördert wird?

Wohin wird der **Trend** zu Gemeinschaftsgärten in Wien noch führen? Wie geht die Entwicklung deiner Meinung nach weiter?

Ich bedanke mich vielmals für das Interview.

Gibt es von Deiner Seite noch Fragen oder Anmerkungen? Wurde etwas nicht angesprochen, was für Dich wichtig zu erwähnen ist? Hat Dich etwas am Interview gestört? Zum Schluss möchte ich Dich noch fragen, ob ich mich bei Dir melden kann, falls meinerseits noch Fragen auftreten?

6.2. Lebenslauf

Persönliche Daten

Name Sabrina Sehr, BA

Ausbildung

| | |
|--------------|--|
| seit 10.2011 | Masterstudiengang Politikwissenschaft an der Universität Wien |
| 17.10.2011 | Verleihung des Bachelor of Arts (BA) |
| seit 10.2005 | Diplomstudium Politikwissenschaft an der Universität Wien |
| 1999 – 2004 | Höhere Bildungslehranstalt für Mode und Bekleidungstechnik in Klagenfurt |

Auslandsaufenthalt

| | |
|-------------------|--|
| 09.2004 – 07.2005 | Au-Pair Aufenthalt London, Großbritannien <u>Sprachkurse</u> : South Thames College, 71 Tooting High Street, SW17 0TQ <ul style="list-style-type: none">• Level 2 Certificate in English (ESOL)• CAE – Certificate in Advanced English (Council of Europe Level C1) |
|-------------------|--|